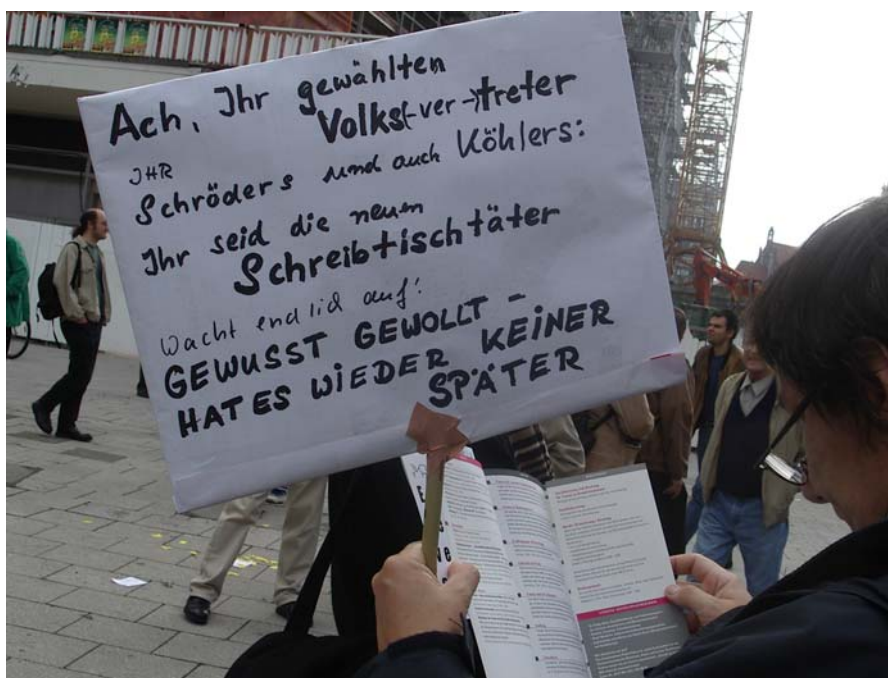


# Ist sozialistische Politik aus der Regierung heraus möglich?

## Fünf Einwände von Rosa Luxemburg und fünf Angebote zur Diskussion

Entwurf des Beitrag zur Rosa-Luxemburg-Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 3. und 4. März 2005



fotografiert während der Anti-Hartz-Demonstrationen

1. Einwand: Der Kapitalismus kann im Wesen nicht verändert werden	2
2. Einwand: Nur eine Revolution kann die grundlegenden Probleme lösen	10
3. Einwand: Der Staat – nur Herrschaftsinstrument der ökonomisch herrschenden Klasse	14
4. Einwand: Die Regierungsbeteiligung schwächt die Linke	17
5. Einwand: Die Linke macht durch ihre Regierungsbeteiligung erst die Fortsetzung rechter Politik möglich	19
Anhang: Mitte-Links-Regierungen in Indien, Brasilien, Venezuela, Argentinien und Südafrika – ein sehr unfertiger Vergleich	22

Das Problem der Beteiligung von Sozialisten und Kommunisten, also jenen, deren Ziel die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft ist, an bürgerlichen Regierungen geht anders, als viele meinen, nicht auf das Jahr 1899 zurück, als der französische Sozialist Étienne-Alexandre Millerand der bürgerlichen Regierung in Frankreich unter Waldeck-Rousseau beitrug, sondern auf das Jahr 1848, als Louis Blanc in die Provisorische Regierung eintrat, die in der Februarrevolution gebildet wurde. Seine Versuche der Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse (Aufkauf von Bergwerken und Eisenbahnen, Zentralisierung des Versicherungswesens, Gründung von Genossenschaften, Abschaffung freier Preise, Nationalwerkstätten zur Arbeitslosenversorgung und Recht auf Arbeit<sup>1</sup>) blieben weitgehend erfolglos. Sein Balanceakt zwischen der deutlichen Vertretung der Arbeiterforderungen und des Versuchs, die „Ordnung“ im Sinne der Regierung aufrechtzuerhalten, kostete ihm die Unterstützung der Massen. Schon im Mai 1848 musste er sein Amt verlassen. Mit der Niederschlagung des Arbeiteraufstandes vom Juni 1848 wurde auch die Durchsetzung seiner letztlich über den Kapitalismus hinauszielenden Reformen unmöglich.<sup>2</sup>

Beteiligungen der Linken an Regierungen, die von anderen Kräften dominiert werden, sind immer umstritten gewesen. Es wurden vor allem fünf Einwände gegen die Regierungsbeteiligung der Linken formuliert – (1) der Kapitalismus könne nicht wesentlich verändert werden; (2) nur eine Revolution könne die grundlegenden Probleme lösen, (3) der Staat sei nur das politische Herrschaftsinstrument der ökonomisch herrschenden Klasse; (4) Regierungsbeteiligung schwäche zwangsläufig die Linke und (5) die Linke mache durch ihre Regierungsbeteiligung erst die Fortsetzung rechter Politik möglich.

## **1. Einwand: Der Kapitalismus kann im Wesen nicht verändert werden**

Der *erste Einwand* gegen Beteiligungen der Linken an Regierungen ist der, dass sie bisher im keinen Falle zu einer dauerhaften progressiven Überwindung des Kapitalismus geführt haben. Dies aber gilt auch für alle anderen Formen linker Politik, selbst jene, die von den sozialistischen oder kommunistischen Parteien kontrolliert wurden – zumindest, wenn man wie der Autor davon ausgeht, dass die im Gefolge der Oktoberrevolution erfolgten Umwälzungen nicht in der Lage waren, eine sozialistische Ordnung hervorzubringen, die den demokratisch-emanzipatorischen Idealen auch nur annähernd gerecht wurde, die Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft bewahrte und ausbaute und dauerhaft eine gegen-

---

<sup>1</sup> Marx schrieb 1850 dazu: „Das Recht auf Arbeit ist im bürgerlichen Sinn ein Widersinn, ein elender, frommer Wunsch, aber hinter dem Rechte auf Arbeit steht die Gewalt über das Kapital, hinter der Gewalt über das Kapital die Aneignung der Produktionsmittel, ihre Unterwerfung unter die assoziierte Arbeiterklasse, also die Aufhebung der Lohnarbeit, des Kapitals und ihres Wechselverhältnisses.“ Karl Marx: Klassenkämpfe in Frankreich. 1848 bis 1850. In: MEW, Bd. 7, S. 42.

<sup>2</sup> Marvin F. Cox bemerkt über Louis Blanc: „From late February until the decisive decline of his influence in April his standing within the Parisian working class gave him a means for intimidating the moderate majority in the provisional government. Yet rather than use this advantage to force the majority's hand he acquiesced in half-measures which maintained the government's credit among the workers but ultimately worked against the establishment of any kind of social democracy. He thus renounced his demands for a ministry of progress, which would have given him a budget and put functionaries at his disposal, and accepted the presidency of the Luxembourg Commission, which had the circumscribed mission of preparing social legislation for the future constituent assembly. More gravely, he continued to serve in the provisional government even after it created 'national workshops' whose make-work jobs parodied his plans and discredited his idea of state-fostered industrial employment. After the assembly convened Blanc failed equally significantly to use his remaining credit with the workers to moderate their militancy and save them, and the republic, from the reprisals which he realized would follow defiance of the conservative majority.“  
<http://www.ohiou.edu/~Chastain/ac/blanc.htm>.

über dem Kapitalismus überlegene Entwicklungsweise erzeugte.<sup>3</sup> Die bei Engels sehr ausdrücklich formulierte Vorstellung, man müsse – von Wahlerfolg zu Wahlerfolg fortschreitend – die Reihe fest geschlossen halten, dürfe keine wesentlichen Kompromisse machen, sich nicht mit dem „System“ einlassen und, entweder über die Erzielung einer parlamentarischen Mehrheit dann den Sozialismus einführen („Reformisten“) oder auf der Basis einer derart geeinten „revolutionären“ Arbeiterklasse einen Umsturz durchführen, nach dessen Erfolg die Grundlagen für einen demokratischen Sozialismus gelegt werden („revolutionäre Sozialdemokraten“)<sup>4</sup>, haben beide nicht funktioniert.<sup>5</sup> Zu behaupten, dass Regierungsbeteiligungen die Ursache des Scheiterns der sozialistischen und kommunistischen Bewegungen bei der progressiven Überwindung des Kapitalismus gewesen sei, ist deshalb nicht zu halten.

Die internationale Linke in ihren verschiedenen Gruppen stellt vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen mehr und mehr eine *Strategie der Transformation* in den Vordergrund, um konkrete Reformveränderungen innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaft mit einer fundamentalen Veränderung der Eigentums- und Machtverhältnisse verbinden. Die offene Frage ist, was dies für die außerparlamentarische und parlamentarische Arbeit bedeutet und welche Rolle dabei Regierungsbeteiligungen zukommen kann oder auch nicht.

Dies wirft vor allem die alte Frage wieder auf, was überhaupt Veränderung des Kapitalismus heißt? Viele Linke beklagen zwar ständig die Rücknahme von zivilisatorischen Errungenschaften in den heutigen Gesellschaften unter dem Angriff des Neoliberalismus und der Durchsetzung des Finanzmarkt-Kapitalismus<sup>6</sup>, erklären zugleich aber den Kapitalismus für reformunfähig. Schlimmer noch, der Weg der Reformen wird als Ursache des Sieges des Faschismus in Deutschland gesehen<sup>7</sup>.

Die klassische Auseinandersetzung mit dem Reformismus geht auf die Debatte zu Bernsteins Artikelserie „Probleme des Sozialismus“ (1896 – 1898) und seine Schrift „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ (1899) zurück. Rosa Luxemburgs Antwort „Sozialreform oder Revolution“, die zuerst in der *Leipziger Volkszeitung* veröffentlicht wurde, geriet zur herausragenden marxistischen Antwort. Zugleich offenbarte diese Antwort auch Grundprobleme des orthodoxen Marxismus.

---

<sup>3</sup> Michael Brie: Der sowjetische Staatspartei-Sozialismus im Lichte der Marxschen Theorie „progressiver Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation“. A. a. O. Dies gilt m. E. auch – ungeachtet vieler Erfolge – auch für die VR China, Vietnam oder Kuba.

<sup>4</sup> Leitfadeneine evolutionäre Strategie der SPD waren die Bemerkungen des alten Engels in seinem Vorwort zu Marxens Schrift „Klassenkämpfe in Frankreich“, die er 1895 schrieb: „Was aber auch in anderen Ländern geschehen mögen, die deutsche Sozialdemokratie hat eine besondere Stellung und damit wenigstens zunächst auch eine besondere Aufgabe. Die zwei Millionen Wähler, die sie an die Urnen schickt, nebst den jungen Männern und den Frauen, die als Nichtwähler hinter ihnen stehen, bilden die zahlreichste, kompakteste Masse, den entscheidenden ‚Gewalthaufen‘ der internationalen proletarischen Armee. Diese Masse ... nimmt ... unablässig zu. Ihr Wachstum geht so spontan, so stetig, so unaufhaltsam und gleichzeitig so ruhig vor sich wie ein Naturprozess. Alle Regierungseingriffe haben sich ohnmächtig dagegen erwiesen... Geht das so voran, so erobern wir bis Ende des Jahrhunderts den größeren Teil der Mittelschichten der Gesellschaft, Kleinbürger wie Kleinbauern, und wachsen aus zu der entscheidenden Macht im Lande, vor der alle anderen Mächte sich beugen müssen, sie mögen wollen oder nicht. Dies Wachstum ununterbrochen in Gang zu halten, bis es dem gegenwärtigen Regierungssystem von selbst über den Kopf wächst, <diesen sich täglich verstärkenden Gewalthaufen nicht in Vorhutkämpfen aufreiben, sondern ihn intakt zu halten bis zum Tag der Entscheidung,> das ist unsere Hauptaufgabe.“

<sup>5</sup> Es gehört zu den unerledigten Aufgaben der neuen Linken, die mit dem Scheitern dieser beiden Ansätze verbundenen strategischen Diskussion seit den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts neu zu analysieren.

<sup>6</sup> Vgl. dazu: Michael Brie: Die Linke – was kann sie wollen? Supplement zu *Sozialismus*, Heft 3/2006.

<sup>7</sup> So heißt es bei Theodor Bergmann: „1918 hatte die SPD statt des unnützen Blutvergießens der Revolution ein ‚friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus‘ versprochen. Die blutige Herrschaft des deutschen Faschismus stand am Ende des friedlichen Weges der schrittweisen Reformen.“ Theodor Bergmann: Friedliches Hineinwachsen in die Kapitulation. In: *junge welt*, 14./15. Januar 2006, S. 11.

Bernstein hatte in starken Gewerkschaften, der Durchsetzung sozialer Reformen und politischer Demokratisierung Bedingungen für eine Veränderung der Qualität der Gesellschaft gesehen, die über den Kapitalismus hinausweist. Rosa Luxemburg verwies nun darauf, dass die Gewerkschaften nichts anderes tun könnten, als das „kapitalistische Lohngesetz“ durchzusetzen. Die Gewerkschaften könnten „deshalb Lohngesetz nicht umstürzen; sie können im besten Falle die kapitalistische Ausbeutung in die jeweilig ‚normalen‘ Schranken weisen, keineswegs aber die Ausbeutung selbst stufenweise aufheben“<sup>8</sup>. Gleich danach führt sie aus: „Jede technische Umwälzung widerstreitet den Interessen der direkt dadurch berührten Arbeiter und verschlechtert ihre unmittelbare Lage, indem sie die Arbeitskraft entwertet.“<sup>9</sup> Dort wo sich Unternehmer und Gewerkschaften zusammentun, um Umfang und Preise der Warenproduktion zu regulieren, sieht sie nichts als den „solidarischen Kampf des Kapitals und der Arbeitskraft gegen die konsumierende Gesellschaft“<sup>10</sup>.

Die Fabrikgesetze werden durch Rosa Luxemburg nicht als ein Stück gesellschaftlicher Kontrolle und damit „ein Stück Sozialismus“ angesehen, wie es bei Bernstein und Konrad Schmidt geschieht, sondern nur als „Kontrolle der *Klassenorganisation des Kapitals über den Produktionsprozess des Kapitals*“<sup>11</sup>. Begründung ist, dass der Staat „keine ‚Gesellschaft‘ im Sinne der ‚aufstrebenden Arbeiterklasse, sondern Vertreter der *kapitalistischen* Gesellschaft, d. h. Klassenstaat“<sup>12</sup> sei. Wo Konrad Schmidt eine Trennung von „Obereigentum“ und konkreten Nutznießrechten für möglich hält, wobei ersteres in den Händen der Gesellschaft, letzteres auch in den Händen der Unternehmer ist, nimmt sie an, dass es im Kapitalismus nichts als ein unteilbares Privateigentum gäbe.

Das hinter solchen Positionen stehende Modell einer kapitalistischen Gesellschaft unterstellt implizit, dass in diesen Wirtschaften und in den von solchen Wirtschaften geprägten Gesellschaften und vor allem der Staat ausschließlich kapitalistische Tendenzen wirken (wenn man von nichtkapitalistischen Sektoren der Kleinproduktion absieht) – natürlich bis auf den Fall einer politisch organisierten Arbeiterbewegung, die das ganze System selbst in Frage stellt. Der gewerkschaftliche Kampf bringt nach einer solchen Vorstellung nur das kapitalistische Lohngesetz zur vollen Wirkung, die sozialstaatlichen Regulierungen sichern nichts anderes als die ordentliche Kapitalverwertung, der Staat ist nichts als das Machtinstrument der Kapitalistenklasse, jeder Kampf um Verbesserung auf der Grundlage des Gegebenen ist eigentlich Hilfeleistung gegenüber den Herrschenden.<sup>13</sup>

Karl Marx hatte bezogen auf das von ihm im Ersten Band des „Kapital“ dargestellten Kampf um die gesellschaftliche Regulation und Verkürzung des Arbeitstages eine Auffassung entwickelt, die die oben genannten Positionen in Frage stellt: „Und dennoch war die Periode von 1848 bis 1864 nicht ohne ihre Lichtseite. Hier seien nur zwei große Ereignisse erwähnt. Nach einem dreißigjährigen Kampf, der mit bewundernswürdiger Ausdauer geführt ward, gelang es der englischen Arbeiterklasse durch Benutzung eines augenblicklichen Zwiespalts

---

<sup>8</sup> Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? In: Werke, Bd. 1.1., S. 389.

<sup>9</sup> Ebenda.

<sup>10</sup> Ebenda, S. 390.

<sup>11</sup> Ebenda, S. 392.

<sup>12</sup> Ebenda.

<sup>13</sup> Marx selber hat solchen Vorstellungen in vielen seiner Werke Vorschub geleistet. So heißt es über Forderungen reformerischer Veränderung des Kapitalismus im „Manifest“, diese seien nichts als Bourgeoisiesozialismus: „Eine zweite, weniger systematische, nur mehr praktische Form dieses Sozialismus suchte der Arbeiterklasse jede revolutionäre Bewegung zu verleiden, durch den Nachweis, wie nicht diese oder jene politische Veränderung, sondern nur eine Veränderung der materiellen Lebensverhältnisse, der ökonomischen Verhältnisse ihr von Nutzen sein könne. Unter Veränderung der materiellen Lebensverhältnisse versteht dieser Sozialismus aber keineswegs Abschaffung der bürgerlichen Produktionsverhältnisse, die nur auf revolutionärem Wege möglich ist, sondern administrative Verbesserungen, die auf dem Boden dieser Produktionsverhältnisse vor sich gehen, also an dem Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit nichts ändern, sondern im besten Fall der Bourgeoisie die Kosten ihrer Herrschaft vermindern und ihren Staatshaushalt vereinfachen.“ Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW, Bd. 4, S. 489.

zwischen Landlords und Geldlords, die *Zehnstundenbill* durchzusetzen. Die großen physischen, moralischen und geistigen Vorteile, die den Fabrikarbeitern aus dieser Maßregel erwachsen und die man in den Berichten der Fabrikinspektoren halbjährig verzeichnet findet, sind jetzt von allen Seiten anerkannt. Die meisten kontinentalen Regierungen nehmen das englische Fabrikgesetz in mehr oder minder veränderter Form an, und in England selbst wird seine Wirkungssphäre jährlich vom Parlament ausgedehnt. Aber von der praktischen Wichtigkeit abgesehen, hatte der Erfolg dieser Arbeitermaßregel eine andre große Bedeutung. Die Mittelklasse hatte durch die notorischsten Organe ihrer Wissenschaft, durch Dr. Ure, Professor Senior und andre Weisen von diesem Schlag, vorhergesagt und nach Herzenslust demonstriert, dass jede gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit die Totenglocke der englischen Industrie läuten müsse, einer Industrie, die vampirmäßig Menschenblut saugen müsse, vor allem Kinderblut. In alten Zeiten war der Kindermord ein mysteriöser Ritus der Religion des Moloch, aber er ward nur bei besonders feierlichen Gelegenheiten praktiziert, vielleicht einmal im Jahr, und zudem hatte Moloch keine besondere Liebhaberei für die Kinder der Armen. Der Kampf über die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit wütete um so heftiger, je mehr er, abgesehen von aufgeschreckter Habsucht, in der Tat die große Streitfrage traf, die Streitfrage zwischen der blinden Herrschaft der Gesetze von Nachfrage und Zufuhr, welche die politische Ökonomie der Mittelklasse bildet, und der Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht, welche die politische Ökonomie der Arbeiterklasse bildet. Die Zehnstundenbill war daher nicht bloß eine große praktische Errungenschaft, sie war der Sieg eines Prinzips. Zum erstenmal erlag die politische Ökonomie der Mittelklasse in hellem Tageslicht vor der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse.“<sup>14</sup>

Als zweite große Lichtseite der Entwicklung seit 1848 nennt Marx die Kooperativbewegung, die beweisen habe, „dass Produktion auf großer Stufenleiter und im Einklang mit dem Fortschritt moderner Wissenschaft vorgehen kann ohne die Existenz einer Klasse von *Meistern* (masters), die eine Klasse von *„Händen“* anwendet; dass, um Früchte zu tragen, die Mittel der Arbeit nicht monopolisiert zu werden brauchen als Mittel der Herrschaft über und Mittel der Ausbeutung gegen den Arbeiter selbst, und dass wie Sklavenarbeit, wie Leibeigenenarbeit so *Lohnarbeit* nur eine vorübergehende und untergeordnete gesellschaftliche Form ist, bestimmt zu verschwinden vor der *assoziierten Arbeit*, die ihr Werk mit williger Hand, rüstigem Geist und fröhlichen Herzens verrichtet“<sup>15</sup>.

Karl Marx hielt es also für möglich, dass mitten in der Blütezeit des Kapitalismus der freien Konkurrenz Elemente einer „politischen Ökonomie der Arbeiterklasse“ – eine Ökonomie der „Kontrolle durch soziale Ein- und Vorsicht“ – sowie Ansätze einer alternativen Wirtschaftsweise zur Geltung gebracht werden können, wie eingeschränkt dies auch immer sein möge. Gerade während des fordistisch-wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus wurden diese Tendenzen weit ausgebaut, als Resultat von harten sozialen und politischen Kämpfen, vor dem Hintergrund der Großen Krise und zweier Weltkriege sowie des Faschismus, im Wettbewerb mit dem Staatssozialismus nicht zuletzt auf dem Gebiet der sozialen Frage.<sup>16</sup> Gerade die Rücknahme dieser Errungenschaften stellt das Problem, ob sie mehr oder etwas anderes waren als nur ein Erfolg, den Kapitalismus in seine „normalen“ Schranken zu weisen.

In dem Augenblick, wo sozialstaatliche Maßnahmen, tarifliche Vereinbarungen, gesetzliche Regelungen über die elementare Absicherung existentieller Nöte hinausgehen, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse auch unter den Aspekten von sozialer Gerechtigkeit, Verminderung sozialer Ungleichheit und der Stärkung der Macht von abhängig Beschäftigten gestaltet werden, langfristige gesellschaftliche Reproduktionsinteressen auch gegen Interessen kurzfristiger Kapitalverwertung durchgesetzt werden, in diesem Augenblick werden Tendenzen

---

<sup>14</sup> Karl Marx: Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation. In: Werke, Bd. 16, S. 10 f.

<sup>15</sup> Ebenda, S. 11 f.

<sup>16</sup> Vgl.: Christoph Butterwegge: *Krise und Zukunft des Sozialstaates*. Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften 2005.

zur Geltung gebracht, die im Widerspruch zur „Kapitallogik“ stehen.<sup>17</sup> Diese Tendenzen seien im Folgenden generalisierend als „Soziallogik“ bezeichnet. In ihnen werden Interessen der allgemeinen Realisierung der sozialen, kulturellen und politischen Menschenrechte durchgesetzt.

Die implizite Annahme einer solchen Auffassung ist, dass durch die sozialen und politischen Kämpfe, durch die erzwungenen Kompromisse, durch die zeitweilige Einsicht auch von Herrschenden nach ungeheuren Katastrophen auch Elemente, Strukturen, Tendenzen, Forum des Sozialismus im Schoße der alten Ordnung, der des Kapitalismus entstehen kann; und dies nicht nur als „antystemische politische Bewegungen“. Es wird Zeit, endgültig mit dem Widerspruch zwischen der theoriegeleiteten Verachtung gegenüber diesen Elementen und Strukturen im Bestehenden und der gleichzeitigen praktischen Verteidigung derselben zu brechen.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges, gerade noch dem Völkermord entkommen und ganz geprägt durch die Erfahrungen „des Intellektuellen in der Emigration“<sup>18</sup>, schrieb Theodor W. Adorno: „Unser Leben haben wir der Differenz zwischen dem ökonomischen Gerüst, dem späten Industriekapitalismus, und der politischen Fassade zu verdanken. Der theoretischen Kritik ist der Unterschied geringfügig; allerorten lässt sich der Scheincharakter etwa der angeblichen öffentlichen Meinung, der Primat der Ökonomie in den eigentlichen Entscheidungen dartun. Für ungezählte Einzelne aber ist die dünne und ephemere Hülle der Grund ihrer ganzen Existenz. Gerade die, von deren Denken und Handeln die Änderung, das einzig Wesentliche abhängt, schulden ihr Dasein dem Unwesentlichen, dem Schein, ja dem, was nach dem Maß der großen historischen Entwicklungsgesetze als bloßer Zufall zutage kommen mag. Wird aber dadurch nicht die gesamte Konstruktion von Wesen und Erscheinung berührt? Gemessen am Begriff ist das Individuelle in der Tat ganz so nichtig geworden, wie die Hegelsche Philosophie es vorwegnahm; sub specie individuationis<sup>19</sup> aber ist ... das geduldete, gleichsam abnorme Weiterleben selbst das Essentielle. Die Welt ist ein System des Grauens, aber darum tut ihr noch zuviel Ehre an, wer sie als System denkt, denn ihr einigendes Prinzip ist die Entzweiung, und sie versöhnt, indem sie die Unversöhnlichkeit von Allgemeinem und Besonderem rein durchsetzt. Ihr Wesen ist das Unwesen; ihr Schein aber, die Lüge, kraft derer sie fortbesteht, der Platzhalter der Wahrheit.“<sup>20</sup>

Jede emanzipative Gesellschaftstheorie sollte diese Wendung der Kritischen Theorie ernst nehmen. Einerseits wird von Adorno die Auffassung aufgenommen, dass die Gesellschaft unter dem kapitalistischen Primat der Ökonomie ein geschlossenes System ist und das Individuelle durch völlige Unterwerfung verschwindet<sup>21</sup>. Das allgemeine Wesen kann dann aber nicht einmal mehr das bloße Überleben von Menschen erklären. Dieses verdankt sich dem Schein, auf den „Demokratie“ als bloße Fassade reduziert wird. Andererseits: Wenn

---

<sup>17</sup> Unter *Kapitallogik* seien alle die Tendenzen verstanden, die aus der ungehinderten Wirkung der Kapitalverwertungsinteressen und der vollständigen Unterordnung von Arbeit und Gesellschaft unter das Kapital folgen.

<sup>18</sup> Theodor W. Adorno: *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 2001, S. 13.

<sup>19</sup> D. i.: unter dem Gesichtspunkt der „Selbstwerdung des Menschen, in dessen Verlauf sich das Bewusstsein der eigenen Individualität bzw. der Unterschiedenheit von anderen zunehmend verfestigt“. Duden. Das Fremdwörterbuch. Mannheim: Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus 1997, S. 355.

<sup>20</sup> Ebenda, S. 205 f.

<sup>21</sup> In Herbert Marcuses Werk „Der eindimensionale Mensch“ wird diese Theorie auf den Begriff gebracht – selbst das Individuellste erscheint nur noch als Bewegungsform einer kapitalistischen Totalität, die völlige Freiheit als die absolute und zugleich lustvolle Unterwerfung: „Die Reichweite gesellschaftlich statthafter und wünschenswerter Befriedigung nimmt erheblich zu; aber auf dem Wege dieser Befriedigung wird das Lustprinzip reduziert seiner Ansprüche beraubt, die mit der bestehenden Gesellschaft unvereinbar sind. Derart angepasst, erzeugt Lust Unterwerfung.“ Herbert Marcuse: *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*. Darmstadt und Neuwied: Luchterhand 1982, S. 95. Nur von den Geächteten und Außenseiter, den Arbeitslosen und Arbeitsunfähigen sei noch „revolutionäre Opposition“ zu erwarten (ebenda, S. 267).

vom Gesichtspunkt der Einzelnen ihr Überleben das eigentlich Wesentliche ist, dann ist auch die Demokratie nicht nur der „Platzhalter der Wahrheit“, sondern in die Wesensbestimmung der Gesellschaft hineinzunehmen. Eine emanzipatorische Theorie sollte die reale und erlebte Widersprüchlichkeit von Kapitallogik und Soziallogik in Wirtschaft und Politik auch begrifflich ernst nehmen und weder unter der Terminologie vom „Kapitalismus“ oder der von der „sozialen Marktwirtschaft“ in der einen oder anderen Weise zum Verschwinden bringen. Dies aber würde das Verständnis nicht nur von Kapitalismus, sondern auch von Sozialismus gegenüber dem orthodoxen Marxismus verändern.

Eine solche Herangehensweise bräche endgültig mit der Vorstellung von Sozialismus als der Gesellschaft eines Monosubjekt, in dem ein einziger gesamtgesellschaftlicher Eigentümer auf der Basis eines zentralisierten gesamtgesellschaftlichen Willensbildungsprozesses über alle produktiven Ressourcen verfügt. Der qualitative Sprung vom Kapitalismus zum Sozialismus wäre der von einer Ordnung, in der die Kapitalverwertung (Kapitallogik) dominiert, hin zu einer gesellschaftlichen Entwicklungsweise, in der die umfassende Verwirklichung der Menschenrechte zum primären Ziel von Wirtschaft und Politik geworden ist (Soziallogik).

Die freie Enzyklopädie *Wikipedia* führt ihren Artikel zum Stichwort *Sozialismus* mit dem Satz ein: „*Sozialismus* bezeichnet politische und ökonomische Theorien, die die Produktion und Verteilung von Leistungen unter gemeinschaftlicher oder staatlicher Lenkung befürworten.“<sup>22</sup> In dieser Begriffsbestimmung wird unkritisch das gesamte zentralistische Erbe der staatssozialistischen Tradition, wie sie im 19. Jahrhundert vornehmlich in Deutschland entstand, fortgeführt. Sozialismus wird nicht über seine Ziele, sondern über die Dominanz eines – umstrittenen – Mittels, der „gemeinschaftlichen oder staatlichen Lenkung“, definiert. Von hier ist es nur ein Schritt, Sozialismus als eine Ordnung zu bezeichnen, die durch die umfassende zentralisierte Verfügung über das gesamte produktive Vermögen der Gesellschaft („gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln“) bestimmt wird. So sehr der Staatssozialismus in die Geschichte des Sozialismus gehört, so sehr wäre es falsch, Sozialismus für immer mit dieser besonderen Form zu identifizieren.

Ohne hier die historischen Diskussionen im Sozialismus und Kommunismus zu rekonstruieren<sup>23</sup>, sei zumindest auf die innere Widersprüchlichkeit der ursprünglichen Ansätze verwiesen. Sie zielten immer auf die Einlösung der Freiheitsansprüche der Großen Französischen Revolution, auf die für jedermann (also auch für die untersten Schichten, die über kein Eigentum verfügten, den „vierten Stand“ der Gesellschaft) einlösbaren Menschenrechte. Sie verband die Freiheitsrechte mit der sozialen Frage, die formale Gleichheit mit der realen Gleichheit, die Selbstverwirklichung mit der Solidarität. Und um dies zu erreichen, wurden sehr verschiedene Mittel vorgeschlagen, wobei sich von Anfang an der kommunistische Ansatz einer auf dem universellen Gemeineigentum beruhenden Zentralverwaltungswirtschaft und der sozialistische Ansatz solidarisch kooperierender freier Assoziationen gegenüberstanden.<sup>24</sup> Der Marxismus verband beide Ansätze in Form unaufgelöster Antinomien und

---

<sup>22</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Sozialismus>. Damit rückt der Sozialismus zwangsläufig in die Nähe aller autoritären Ordnungen.

<sup>23</sup> Vergleich dazu den systematischen Beitrag: Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar. Berlin: Dietz Verlag 1997.

<sup>24</sup> So heißt es bei Babeuf: „Es gibt keine wichtigere Wahrheit als die von uns schon angeführte, die ein Philosoph (Morelly – M. B.) mit folgenden Worten verkündete: *Schwätzt soviel ihr wollt über die beste Regierungsform, ihr werdet nicht ausrichten, solange ihr nicht die Keime der Habsucht und des Ehrgeizes zerstört habt*. Deshalb müssen die gesellschaftlichen Institutionen es zuwege bringen, jedem einzelnen die Hoffnung zu nehmen, jemals durch seine Bildung reicher, mächtiger oder vornehmer als seinesgleichen zu werden... Das einzige Mittel, um zu diesem Ziel zu kommen, besteht darin, eine *gemeinschaftliche Verwaltung* einzurichten; das Privateigentum abzuschaffen; jeden Menschen die Fähigkeit und Fertigkeit ausüben zu lassen, auf die er sich versteht; ihn verpflichten, die Frucht seiner Arbeit im gemeinsamen Vorratsspeicher in natura abzuliefern; und eine einfache Verwaltung der Verteilung einzurichten, die über alle Personen und alle Sachen Buch führt und letztere in peinlichster Gleichheit verteilen und in der Wohnung jedes Mitbürgers abgeben lässt.“ Gracchus Babeuf: Maifest der Plebejer. In: Joachim Höppner, Waltraud Seidel-Höppner: Von Babeuf bis Blanqui. Bd. II: Texte. Leipzig: Reclam Universal Bibliothek 1975, S. 79 f. Die Saint-Simonisten dagegen, um eine der sozia-

konnte so zugleich für eine bolschewistische Diktatur wie für einen demokratischen Sozialismus als Bezugspunkt dienen. Die Frage, inwieweit eine zentralistische Verfügung über das Eigentum, eine gesamtgesellschaftliche Planwirtschaft tatsächlich dazu führen könnte, dass „die freie Entwicklung jedes einzelnen zur Bedingung der freien Entwicklung aller“ werde, wurde gerade in der kommunistischen Tradition nicht ernsthaft untersucht.

Für Marx war die „kommunistische Gesellschaft“ (auf den Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus bei Marx sei hier nicht eingegangen) die einzige, „worin die originelle und freie Entwicklung der Individuen keine Phrase ist“. Eine solche Gesellschaft brauche (1) bestimmte „ökonomische Voraussetzungen“, (2) die „notwendige Solidarität der freien Entwicklung Aller“ und (3) die „universelle Betätigungsweise der Individuen auf der Basis der vorhandenen Produktivkräfte“<sup>25</sup>. Dazu müssten, so schreibt Marx anderthalb Jahrzehnte später, die gesellschaftlichen Produktionsbedingungen in den „organischen gesellschaftlichen Leib“ verwandelt werden, „worin die Individuen sich reproduzieren als Einzelne, aber als gesellschaftlich Einzelne“<sup>26</sup>

Sozialismus kann unter diesen Prämissen nicht als die Auflösung der Spannung von Individualität und Gesellschaftlichkeit (zugunsten zentralisierter Gesellschaftlichkeit in der staatssozialistischen oder zugunsten der Individualität in der anarchistischen Tradition) gedacht werden. *Sozialismus ist, so sei behauptet, der Prozess der Vermittlung, in der die freie Entwicklung jeder und jedes einzelnen Ausgangs- und Zielpunkt ist, die solidarische Entwicklung aller das Mittel*, ein Mittel mit hohem Eigenwert. Wenn dem so ist, dann muss gefragt werden, welcher praktischer Prozess nach dem Scheitern des Staatssozialismus die beiden folgenden Zielpunkte sozialistischer Emanzipationsbewegungen einlösen kann: (1) „Der moderne universelle Prozess kann nicht anders unter die Individuen subsumiert werden, als dadurch, dass er unter Alle subsumiert wird.“<sup>27</sup> (2) „Mit der Aneignung der totalen Produktivkräfte durch die vereinigten Individuen hört das Privateigentum auf.“<sup>28</sup>

Eine Rekonstruktion der Marschen Auffassung vom sozialistischen Eigentum hatte den Autor Mitte der achtziger Jahre zu der Erkenntnis geführt: „Individuelles Eigentum auf der Grundlage höchster Vergesellschaftung, individuelle Aneignung vermittelt durch kollektive und gesellschaftliche Formen des Besitzes an den gemeinschaftlichen Produktionsbedingungen, individuelle Freiheit, deren Bedingung bewusste gesellschaftliche Beherrschung des Produktionsprozesses ist – mit diesen Worten könnte man wesentliche Eckpfeiler des Marxschen Sozialismus-/Kommunismusverständnisses kennzeichnen.“<sup>29</sup> Was aber ist der Inhalt des individuellen Eigentums unter den Bedingungen gesellschaftlicher Produktion, welche Besitzformen können es garantieren und wie kann der gesellschaftliche Produktionsprozess so bewusst beherrscht werden, dass es zur solidarischen Entwicklung aller kommt?

Im Zusammenhang mit der Programmdiskussion der PDS wurde durch den Autor gemeinsam mit Dieter Klein, André Brie, Michael Chrapa, Rainer Land, Judith Dellheim u. a. die Auffassung entwickelt, dass das Ziel des Sozialismus und damit das Ziel seiner Eigentumsverhältnisse die freie Entwicklung der Einzelnen ist. Der gesellschaftliche Produktions- und Verteilungsprozess, seine Akkumulations- und Regulationsweise, die Gesamtheit seiner Besitz- und Verfügungsverhältnisse ist entsprechend dieser These dann sozialistisch gestaltet, wenn sie auf die Produktion, und Reproduktion jener Güter („Freiheitsgüter“) gerichtet

---

listischen Strömungen zu nennen, strebten nach einer „*universellen Assoziation*“, nach Verhältnissen, „in denen alle menschlichen Kräfte harmonisch miteinander verbunden sind“. Die saint-simonistische Lehre. In: Ebenda, S. 153. Ein Zentralbanksystem, das Prinzip der Verteilung der Arbeit nach den Fähigkeiten und der Ergebnisse nach den Leistungen gehörten dazu. Die Diversität war Ausgangspunkt, ihr solidarische Entfaltung Mittel der freien Entwicklung aller.

<sup>25</sup> Karl Marx und Friedrich Engels: Die Deutsche Ideologie. MEW, Bd. 3, S. 424 f.

<sup>26</sup> Karl Marx: Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie. MEW, Bd. 42, S. 723.

<sup>27</sup> Karl Marx und Friedrich Engels: Die Deutsche Ideologie. A. a. O., S. 68.

<sup>28</sup> Ebenda.

<sup>29</sup> Michael Brie: Wer ist Eigentümer im Sozialismus. Berlin: Dietz Verlag 1989, S. 106.



sind, die diese freie Entwicklung ermöglichen, und sie sich jede und jeder frei aneignen kann (was einen aktiven Prozess verlangt).<sup>30</sup>

Unter individuellem Eigentum als zentralem Zielpunkt sozialistischer Produktion und Reproduktion könnte die freie und selbstbestimmte Aneignung dieser Grundgüter durch jede und jeden einzelnen verstanden werden, die ohne eine bewusste Gestaltung der Gesamtheit der Produktions- und Verhältnisse unmöglich ist. Wenn die grundlegende Bewegungsform des Kapitals die Bewegung  $G$  (Geld) –  $W$  (Ware) –  $P$  (Produktion) –  $W'$  (um den Mehrwert bereicherte neue Waren) –  $G'$  (um den Profit erweitertes Geldvermögen) ist, dann wäre die allgemeine Formel sozialistischer Reproduktion jene, die von den Individuen ausgeht und bei weiter entwickelten Individuen, bereichert um neue Bedürfnisse, Genüsse, Beziehungen usw., ankommt. Für eine nicht durch den Profit, sondern durch das Ziel freier individueller Entwicklung einer und eines jeden dominierten Produktion und Reproduktion sind öffentliche Güter und Dienstleistungen zumindest nicht weniger wichtig als die Erzeugung von Waren. Es wäre die Bewegung:  $I$  (Individuen) –  $FG$  (Freiheitsgüter) und für ihre Produktion notwendige andere Güter (nur teilweise in Warenform) –  $P$  (Produktion) –  $FG'$  (erweiterte Reproduktion der Freiheitsgüter und für ihre Reproduktion notwendiger anderer Güter) –  $I'$  (weiter entwickelte Individuen).

Was aber bedeutet dies für die Neuformulierung der Eigentumsfrage? Im Parteiprogramm der Linkspartei.PDS wurde 2003 folgende Position beschlossen: „Die Alternative zu kapitalistischem Eigentum besteht deshalb nicht im allumfassenden Staatseigentum, sondern in der demokratischen Entscheidung über gesellschaftliche Grundprozesse und über die Förderung jener Eigentumsformen, die es am ehesten erlauben, die menschlichen Grundgüter effizient bereitzustellen und gerecht zu verteilen. Alle Eigentumsformen – genossenschaftliche, kommunale, private, staatliche und andere –, die die natürlichen, sozialen und kulturellen Lebensgrundlagen entwickeln und den Zugang zu den Grundbedingungen menschlichen Lebens erleichtern, sollten gefördert, andere, die Lebensgrundlagen untergraben, vernichten und diesen Zugang erschweren oder verhindern, sollten zurückgedrängt und überwunden werden.“ Beim Kampf um den Sozialismus geht um eine ökonomische und politische Ordnung, die die materiellen und institutionellen Bedingungen für die umfassende Einlösung der Menschenrechte garantiert. Sozialismus ist seinem Kern nach die universelle Menschenrechtsbewegung der Moderne.<sup>31</sup>

Eine solche Position hat eine Reihe von Folgerungen: Sie präferiert Produktions- und Besitzformen, die reale individuelle und kollektive Einflussnahme ermöglichen, soweit sie ihre Lebenssituation betreffen; sie sieht die gemeinsame gesellschaftliche Verfügung vor allem in der solidarischen Rahmensetzung für individuelles und kollektives wirtschaftliches Handeln, in der Privilegierung bestimmter Ausrichtungen (sozialökologischer Umbau) und der Zurückdrängung und/oder Unterdrückung anderer Ausrichtungen. Die „Einbettung“ der Märkte in dieser Rahmensetzung, die Ausrichtung von unternehmerischen Handeln an diesen Zielen mit den Mitteln von Struktur- und Regionalpolitik, Kreditvergabe, Mitbestimmung usw., die Förderung von Innovationen, die diesen Zwecken dienen, die Verwandlung von Mitbestimmung und Miteigentum der Beschäftigten in Mittel der Gestaltung der Produktionsprozesse in Entwicklungsprozesse der Beschäftigten sind die primären Mittel. Nicht die zentralistische Ordnung einer Top-Down-Kooperation, sondern die dezentrale Selbstorganisation in autonomen Netzwerken innerhalb demokratisch gesetzter Rahmenbedingungen solidarischen

---

<sup>30</sup>Michael Brie: Sozialismus und Eigentum. In: Ders. (Hg.): Mit Marx ins 21. Jahrhundert. Kritik des Neoliberalismus und Alternativen. Beiträge zum Symposium der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom 1. Juni 2005. Rosa-Luxemburg-Stiftung 2006, S. 77-102.

<sup>31</sup> „Der politische Anspruch des Sozialismus besteht in einer solchen Gestaltung moderner Gesellschaften mit ihren Institutionen und Machtstrukturen, dass die Durchsetzung der Menschenrechte in der Einheit von politischen, sozialen und individuellen Rechten und ihre Unteilbarkeit für jeden einzelnen und für alle garantiert werden. In diesem Sinne kann Sozialismus auch als Menschenrechtsideologie moderner Gesellschaften bezeichnet werden.“ Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. A. a. O., S. 49. Vgl. zur theoretischen Begründung auch: Michael Brie, Michael Chrapa und Dieter Klein: Sozialismus als Tagesaufgabe. Karl Dietz Verlag Berlin 2002.

Wirtschaftens ist die strukturierende Leitidee. Staatliches und suprastaatliches Handeln zielt dann vor allem auf die Durchsetzung dieser Rahmensetzung.<sup>32</sup>

Wie Bischoff et al. schreiben: „Dabei kann es nicht darum gehen, dirigistisch eine permanente Organisation und Intervention des Staates oder der öffentlichen Institutionen anzustreben, sondern durch Demokratisierung, indirekte Steuerung und ein neues System sozialer Sicherheit Rahmenbedingungen für die Entfaltung der Selbsttätigkeit der Subjekte zu schaffen.“<sup>33</sup> Damit wird das etatistische Sozialismusverständnis durch eine libertäre Sozialismusvision abgelöst.<sup>34</sup> Auf den unterschiedlichen Feldern werden geregelte Märkte, Selbstverwaltung, demokratische Partizipation, kollektive Selbstversorgung insbesondere mit humanorientierten Dienstleistungen usw. zu den wesentlichen Vergesellschaftungsformen eines solchen Sozialismus.

## **2. Einwand: Nur eine Revolution kann die grundlegenden Probleme lösen**

Da nun aber gegenüber dem orthodoxen Marxismus die Vorstellungen von Kapitalismus wie Sozialismus zu verändern sind, so auch die über den Übergang von dem einen zum anderen. Die marxistische Revolutionsauffassung wie auch die der marxistischen Reformen ist durch die Leitidee der Zentralisation und Konzentration geprägt worden. Vom „Manifest“ über „Das Kapital“ bis hin zur „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, Bebel's „Die Frau und der Sozialismus“ oder Lenins „Die drohende Katastrophe“ und „Staat und Revolution“ steht immer der Gedanke im Vordergrund, dass es die Tendenz des Kapitalismus sei, Produktion wie Arbeiterklasse in immer größeren Einheiten zu konzentrieren, so dass der betriebswirtschaftliche Anarchismus, der aus dem Privateigentum hervorgehe, in einen unlösbaren Widerspruch zur gesellschaftlichen Betriebsweise tritt. Die sozialistische Revolution, in deren Gefolge alle Produktionsmittel in einer Hand konzentriert werden würden, schien dann nichts anderes als die Vollstreckerin dieser Tendenz zur Zentralisation zu sein. Im Idealfall sei die gesamte Wirtschaft wie die damalige deutsche Post (Lenin) als ein einheitliches Unternehmen oder Fabrik zu regulieren. Die Differenz war nur, ob dies auf dem Wege der Revolution oder dem der Reform zu geschehen habe.

Es ist an der Zeit, die Revolutionsmechanik des dogmatisierten Marxismus endgültig in die lebendige Transformationsdynamik eines libertären Sozialismus zurückzuverwandeln, der seine Kraft aus der Befreiung von Menschen aus Verhältnissen gewinnt, die ihnen zur Fessel ihrer eigenen Entwicklung geworden sind. Dazu sind gesellschaftliche Produktivkräfte wie Produktionsverhältnisse zugleich als Kräfte und Verhältnisse menschlicher Entwicklung und Anerkennung zu begreifen oder, wie Marx schreibt: „Das Verhältnis der Produktionskräfte zur Verkehrsform ist das Verhältnis der Verkehrsform zur Tätigkeit oder Bestätigung der Individuen.“<sup>35</sup>

Dies verlangt aber nicht mehr und nicht weniger als eine völlige Revision der orthodoxen marxistischen Geschichtsphilosophie, die dazu tendierte, im Kapitalismus die höchste und schärfste Form von Unterdrückung zu sehen, in ihrer entfremdet sachlichen Grausamkeit alle vorkapitalistischen Formationen noch übersteigend. Wie an anderer Stelle ausgeführt, sind aber die „großen Epochen ökonomischer Gesellschaftsformation“ (Marx) der Tendenz nach

---

<sup>32</sup> International gibt es sehr verschiedene Ansätze, einen neuen Sozialismus als überzeugende Alternative zum neoliberalen Hightechkapitalismus zu formulieren. Zu den wenigen, die dies mit einer bestimmten Ausstrahlung versuchten, gehört István Mészáros: Beyond Capital. London 1995)

<sup>33</sup> Joachim Bischoff; Hasko Hüning; Christoph Lieber: Von der neoliberalen zur sozialistischen Governance. Anforderungen an eine Rifondazione der Linken. Ms., S. 15.

<sup>34</sup> In der Konsequenz verlangt dies die Aufhebung des libertären Erbes durch den Sozialismus – von den US-amerikanischen „Verfassungsvätern“ und Mill bis hin zu den Theorien von Hayek oder des Neoinstitutionalismus.

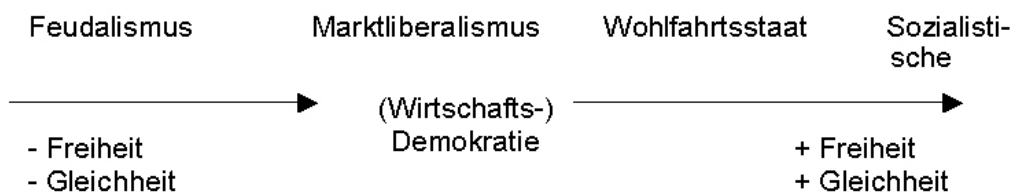
<sup>35</sup> Karl Marx und Friedrich Engels: Die Deutsche Ideologie. A. a. O., S. 71.

Stufen sukzessiver Befreiung, so beschränkt auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen diese auch war, so sehr sie Hand in Hand mit neuer Ausbeutung ging. Die jeweils höhere Form der Reichtumsproduktion, auf der sich bestimmte Gesellschaften gegenüber anderen durchsetzen, erzeugt zugleich eine höhere Produktivität wie Individualitätsentwicklung, so ungleich diese auch sozial verteilt wurde. Sie sind deshalb nicht nur ökonomisch stärker, sondern haben auch eine höhere kulturelle Ausstrahlung. Es sind Stufen weltgeschichtlicher Emanzipation.

Von Marx ausgehend lässt sich zusammenfassend *das formationstheoretische Kriterium* des Fortschritts so bestimmen: Fortschrittlich sind Gesellschaften, die gegenüber anderen eine höhere Produktivität ermöglichen und/oder erzwingen, indem sie eine höhere Freiheit individueller Entwicklung und ein höheres Maß ihrer Verwandlung in gesellschaftliche Produktivkraftentwicklung herbeiführen. Dies ist *erstens* von den Eigentums- und Machtverhältnissen abhängig, die die Verteilung der gesellschaftlichen Funktionen der Produktion des menschlichen Reichtums definieren<sup>36</sup>. *Zweitens* ist dies durch die *Vergesellschaftungsformen* bedingt, die die Austauschform des Reichtums bestimmen. Bedingung ist *drittens* jeweils, dass weder Vergesellschaftungs- noch Macht- und Eigentumsstrukturen die „Springquellen allen Reichtums ...: die Erde und den Arbeiter“<sup>37</sup> untergraben.<sup>38</sup>

Eine sozialistische Transformation muss diese welthistorische Tendenz der Emanzipation vorantreiben und darf nicht, wie der sowjetische Staatspartei-Sozialismus, hinter den schon erreichten Potentialen bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften zurückbleiben. Magnus Marsdal verdeutlicht diese Position im folgenden Schema:

**Grafik 3: Das Schema des Sozialismus<sup>39</sup>**



Eine solche Vorstellung von der realen Potenz des historischen Fortschritts lässt bewusst werden, dass Sozialismus Teil eines umfassenden historischen Prozesses des Kampfes um Emanzipation ist, wie er im 15. und 16. Jahrhundert ansetzt, in den großen bürgerlichen Revolutionen und Reformbewegungen sowie den Kämpfen von Arbeiterbewegung, Frauenbewegung, Antisklaverei- und Antirassismusbewegung, von Friedens- und Ökologiebewe-

<sup>36</sup> Produktionsverhältnisse als Eigentumsverhältnisse sind Verhältnisse der Verteilung der gesellschaftlich erzeugten Produktionsmittel. Wie Marx schreibt bezogen auf antagonistische Formationen: „Jene Verteilungsverhältnisse sind ... die Grundlagen besonderer gesellschaftlicher Funktionen, welche innerhalb des Produktionsprozesses selbst bestimmten Agenten desselben zufallen im Gegensatz zu den unmittelbaren Produzenten.“ Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band. MEW, Bd. 25, S. 886.

<sup>37</sup> Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. MEW, Bd. 23, S. 530.

<sup>38</sup> Vgl. Michael Brie: Der sowjetische Staatspartei-Sozialismus im Lichte der Marxschen Theorie „progressiver Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation“. In: Kalbe, Ernstgert; Geier, Wolfgang; Politt, Holger (Hrsg.): Aufstieg und Fall des Staatssozialismus: Ursachen und Wirkungen. III. Rosa-Luxemburg-Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig, 19.9 – 20.9.2003. Leipziger Jahrbücher: Osteuropa in Tradition und Wandel, Bd. 6, Leipzig 2004, S. 197 – 233.

<sup>39</sup> Magnus Marsdal: Sozialistischer Individualismus. In: Utopie kreativ, Heft 2/2005 ([http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Marsdal\\_SozialistischerIndividualismus\\_d.pdf](http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Marsdal_SozialistischerIndividualismus_d.pdf)).

gung wichtige Etappen hatte. Es ist ein Prozess, der sich positiv an wachsender Freiheit und Gleichheit misst. Sozialistische Dimensionen nimmt er an, wo er durch die bewusste Gestaltung der gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsbedingungen die Profitdominanz und repressive Staatlichkeit zurückdrängt und auf die Überwindung von deren Vorherrschaft über das Leben der Menschen zielt. Sozialistische Politik sucht einen Prozess von Transformation zu gestalten, der sich gleichermaßen von traditioneller Reformpolitik wie orthodoxem Revolutionsverständnis unterscheidet (Tabelle 3).

Rosa Luxemburg hatte den Gegensatz von Revolution und Reform so auf den Punkt gebracht: „Und der Sozialismus selbst ist für die einen das Resultat der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und einer völligen sozialen Umwälzung, für die anderen das Ergebnis unmerklicher Verschiebungen im Schoße der kapitalistischen Unternehmung und des bürgerlichen Ministeriums.“<sup>40</sup> Eine Transformationsstrategie nimmt nun vom Gedanken sozialistischer Reformpolitik wesentliche Elemente einer aktiven Politik der Gestaltung der gegenwärtigen Gesellschaften und des Ausbaus der emanzipatorischen Errungenschaften auf, von einem revolutionären Ansatz den Gedanken eines unvermeidlichen Bruchs mit der Dominanz des kapitalistischen Privateigentums und der Umwälzung der damit verbundenen Machtverhältnisse.

Dieses Transformationsverständnis der neuen Linken wird in sehr unterschiedlichen Zusammenhängen entwickelt. Beispielhaft seien dafür vor allem das Weltsozialforum, die im Sao-Paulo-Forum vereinigten lateinamerikanischen Linksparteien oder die Europäische Linkspartei genannt. Bei letzterer ist der Begriff der Transformation zum Leitbegriff einer grundlegenden, über den Kapitalismus hinausgehenden Veränderung geworden.<sup>41</sup> In der deutschen Diskussion wurde die damit verbundene Position systematisch an anderer Stelle entwickelt.<sup>42</sup>

---

<sup>40</sup> Rosa Luxemburg: Zum französischen Einigungskongress. In: Werke, Bd. 1.2, S. 91.

<sup>41</sup> Vgl. dazu das programmatische Gründungsdokument der EL: <http://www.european-left.org/about/introduction/extendeddocument.2005-06-30.0350004084> oder die Prinzipien des Weltsozialforums: <http://weltsozialforum.org/prinzipien/index.html>.

<sup>42</sup> Michael Brie, Michael Chrapa und Dieter Klein: Sozialismus als Tagesaufgabe. A. a. O.

**Tabelle 4: Reform, Revolution, Transformation – ein kategorialer Vergleich**

	<b>Reform</b>	<b>altes Revolutionsverständnis</b>	<b>Transformation</b>
<i>Grundbegriff gegenwärtiger Gesellschaft</i>	Marktwirtschaft	Kapitalismus	kapitaldominierte Gesellschaft G-W-P-W'-G'
<i>Veränderungsbegriff</i>	Veränderte Regulation des Gegebenen	totaler Bruch	umfassende Demokratisierung und Ausbau nichtkapitalistischer Elemente, Tendenzen und Bereiche sowie nichtkapitalistische Gesamtregulation
<i>übergreifendes Veränderungsziel</i>	Zivilisierung der gegenwärtigen Gesellschaften bei Erhalt der Kapitaldominanz	radikaler gesellschaftlicher Bruch mit der Gesamtheit der Verhältnisse gegenwärtiger Gesellschaften und Errichtung einer Gesellschaft des Gemeineigentums	demokratische Selbstverwaltung und freie Entwicklung einer und eines jeden einzelnen als Bedingung der freien Entwicklung aller
<i>ökonomisches Veränderungsziel</i>	soziale Marktwirtschaft	sozial orientierte Staatswirtschaft	Entwicklung und Ausbau der Bereiche einer solidarischen Ökonomie und Unterordnung der Kapitalverwertung unter sozialökologische Ziele I-FG-P-FG'-I'
<i>angestrebte Regulationsweise</i>	Marktdominanz und sozialstaatliche Regulation	Zentralistische Planwirtschaft	Dominanz sozialer Vorgaben (Rahmensetzung), Primat sozialer Grundrechte, Präferenz für lokale und regionale Ökonomien (Deglobalisierung)
<i>Hauptvorzug gegenüber dem reinen Kapitalismus</i>	höheres Maß an Gleichheit, Demokratie und Zivilisierung	zentralistische Kontrolle aller Lebensbereiche und dadurch Verhinderung von Krisen und Katastrophen	höheres Maß an individueller Selbstbestimmung und Verwandlung derselben in solidarische Entwicklung aller durch bewusste Rahmensetzung
<i>Grundwerte</i>	Grundrechte gleicher Teilhabe nach Konditionen einer kapitaldominierten Gesellschaft	Gleichheit innerhalb gemeinwirtschaftlichen Ordnung	gleicher Zugang zu den Freiheitsgütern: Selbstbestimmung und soziale Sicherheit in einer solidarischen Ordnung
<i>Verhältnis zur Kapitalverwertung</i>	soziale Regulierung der Kapitalverwertung	Beseitigung der Kapitalverwertung und Durchsetzung einer reinen Sozialwirtschaft	Überwindung der Dominanz der Kapitalverwertung über Wirtschaft und Gesellschaft (Primat der Soziallogik über die Kapitallogik)

	<b>Reform</b>	<b>altes Revolutionsverständnis</b>	<b>Transformation</b>
<i>Verhältnis zum Eigentum</i>	Sozialpflichtigkeit des Privateigentums	Verstaatlichung des Eigentums	Entkommodifizierung der Freiheitsgüter einschließlich der Arbeitskraft; Ausbau genossenschaftlicher Formen insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge; Unterwerfung des Privateigentums an Produktionsmittel unter soziale Zielkriterien
<i>soziale Kraft der Veränderung</i>	Bündnis der organisierten Erwerbstätigen und reformorientierter Kräfte des Kapitals	Arbeiter (und Bauern)	Mitte-Unten-Bündnis
<i>wichtigste politische Handlungsform</i>	Verhandlungen auf der Grundlage einer eigenen gewerkschaftlichen und Parteimacht (Korporatismus)	Vorbereitung der eigenen Organisation und der Massen auf Revolution	Aufbau eines breiten Netzwerks (wirtschaftlich, sozial, politisch, kulturell) als Grundlage von Widerstand, eigener Gestaltung und von Verhandlungen
<i>Demokratieverständnis</i>	repräsentative Demokratie	Volksherrschaft, ausgeübt durch eine Avantgarde	partizipative Demokratie und des Grundrechts auf ein selbstbestimmtes Leben
<i>Verhältnis zur Globalisierung</i>	Global Governance	Sozialistischer Internationalismus auf der Basis der Interessenübereinstimmung aller Ausgebeuteten	Verbindung von Deglobalisierung und alternativen Regeln globaler solidarischer Kooperation
<i>Friedenspolitik</i>	Zivilisierung der Großmächte und Durchsetzung einer von ihnen kontrollierten völkerrechtlichen Ordnung	Beseitigung der Ursachen von Kriegen durch Abschaffung des Kapitalismus	Entmilitarisierung, Überwindung von Armut, Ausgrenzung, Fremdbestimmung im Rahmen einer Transformationsstrategie

### **3. Einwand: Der Staat – nur Herrschaftsinstrument der ökonomisch herrschenden Klasse**

Der *dritte Einwand* gegen die Beteiligung sozialistischer und kommunistischer Parteien an Regierungen wurde von Rosa Luxemburg so formuliert: „Während das Parlament ein Organ der Klassen- und Fraktionskämpfe innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, deshalb das geeignetste Terrain für den systematischen Widerstand der Sozialisten gegen die Herrschaft der Bourgeoisie bildet, ist diese Rolle der Arbeitervertreter im Schoße der Regierung von

vornherein ausgeschlossen.“<sup>43</sup> Dafür gibt sie folgende Begründung: „Berufen, das fertige Ergebnis der im Parlament und im Lande ausgefochtenen Parteikämpfe in die Tat umzusetzen, ist die Zentralgewalt vor allem ein Organ der Aktion, dessen Lebensfähigkeit auf innerer Homogenität beruht.“<sup>44</sup> Die Regierung eines Nationalstaats stellt für sie ein Ganzes dar, das „nur die politische Organisation der kapitalistischen Wirtschaft“ sei und zwischen dessen „einzelnen Funktionen volle Harmonie“ bestehe.<sup>45</sup> Da die einzelnen Funktionen der Regierung innerlich untrennbar zusammenhängen, gäbe es eine „solidarische Verantwortlichkeit ihrer einzelnen Mitglieder“<sup>46</sup> und es sei ein „vollkommen utopischer Plan ... zu denken, ein Ressort der Regierung könne bürgerliche, ein anderes sozialistische Politik betreiben, und die Zentralgewalt könne somit stückweise, nach einzelnen Ressorts, für die Arbeiterklasse erobert werden“<sup>47</sup>.

Rosa Luxemburg relativiert diese Auffassung zumindest insofern, als sie die Beteiligung der Sozialisten an Organen der kommunalen Selbstverwaltung anders behandelt wissen will: „Während die Regierung die zentralisierte Staatsgewalt verkörpert, wächst die Munizipalität aus der lokalen Selbstverwaltung *auf Kosten* der Zentralgewalt, als *Befreiung* von der Zentralgewalt, heraus. Während für die Regierung die spezifischen Mittel der bürgerlichen Klassenherrschaft: der Militarismus, der Kultus, die Handelspolitik, die auswärtige Politik, das eigentliche Wesen ausmachen, ist die Munizipalität speziell zu *kulturellen* und *wirtschaftlichen* Aufgaben berufen, also zu denselben, die dem administrativen Mechanismus der sozialistischen, keine Klassenspaltungen kennenden Gesellschaft entsprechen. Zentralregierung und Gemeinde sind deshalb historisch zwei entgegengesetzte Pole in der heutigen Gesellschaft. Der ständige Kampf zwischen der Munizipalität und der Regierung, zwischen dem Bürgermeister und dem Präfekten in Frankreich sind der konkrete Ausdruck dieses geschichtlichen Gegensatzes.“<sup>48</sup>

Aber es gibt nicht nur den Widerspruch zwischen Zentralregierung und Gemeinden (die ja unmittelbar an der Umsetzung der Gesetze und Weisungen der Zentralregierung beteiligt sind), sondern innerhalb *aller* besonderen Organe der Staatsmacht. Die Ursache dafür liegt schon im Charakter der kapitalistischen Ökonomie selbst. Wie oben dargestellt, ist es m. E. ein Fehlschluss, wenn von einer homogenen Ökonomie ausgegangen wird, die nichts anders als kapitalistisch sei. Es ist die Dominanz der Kapitalverwertung über alle anderen Formen, die eine kapitalistische Ökonomie ausmacht. Dies ist jedoch keinesfalls damit identisch, dass diese Ökonomie nichts anderes ist als Kapitalverwertung. Sie ist, wie Marx im „Kapital“ brillant in den Vordergrund gestellt hat, ein Schlachtfeld zwischen Kapital und Arbeit in ihren verschiedenen Fraktionen und Gruppierungen. Ständig werden dem dominanten Interesse an Kapitalverwertung andere Interessen entgegengestellt und verfochten – die an besseren Arbeitsbedingungen genauso wie an höheren Löhnen, an Umweltschutz, regionaler Entwicklung usw. usf. Die Kapitalverwertung setzt sich in der Reproduktion einer kapitalistischen Wirtschaft gegen andere Tendenzen und zugleich auf das engste mit ihnen verbunden als dominante Tendenz durch. Der Standortwettbewerb der Kommunen um Investoren ist nur ein Beispiel dafür, wie gerade dort, wo die geringsten gesamtgesellschaftlichen Steuerungsmöglichkeiten sind, die Dominanz der Kapitalverwertung besonders direkt durchschlägt und jede kommunale Selbstverwaltung in ihrem Handeln wesentlich bestimmt.

---

<sup>43</sup> Rosa Luxemburg: Die sozialistische Krise in Frankreich. In: Werke, Bd. 1.2, S. 58.

<sup>44</sup> Ebenda.

<sup>45</sup> Ebenda, S. 59. Sie führt dazu weiter aus: „Somit stellt die Zentralregierung eines modernen Staates ein Räderwerk dar, dessen einzelne Teile von allen Seiten ineinandergreifen und gegenseitig ihre Bewegungen bestimmen und regulieren. Der unmittelbare Transmissionsmechanismus, der das ganze Räderwerk in Gang bringt, ist das bürgerliche Parlament, aber die treibende Kraft sind dabei zunächst die Klassen- und Parteiverhältnisse im Lande und in letzter Linie – die Produktions- und Austauschverhältnisse der gesellschaftlichen Wirtschaft. Der kapitalistischen Einheitlichkeit der Ökonomie hier entspricht die bürgerliche Einheitlichkeit der Regierungspolitik dort.“ Ebenda.

<sup>46</sup> Ebenda.

<sup>47</sup> Ebenda, S. 60.

<sup>48</sup> Ebenda, S. 62.

Die innere Widersprüchlichkeit der kapitalistisch strukturierten Ökonomie findet ihre politische Bewegungsform in der Struktur des kapitalistisch geprägten Staates. Ganz anders als Rosa Luxemburg behauptet Nicos Poulantzas, dass die Widersprüche zwischen den Fraktionen der dominanten Klassen „im Innern des Staates die Form von internen Widersprüchen zwischen den verschiedenen Zweigen und Apparaten“ annehmen<sup>49</sup>. Da der Staat Klassenkompromisse bearbeitet, um Kohäsion einer in Klassengegensätze gespaltenen Gesellschaft zu ermöglichen<sup>50</sup>, ist er auch im Wirken seiner Exekutive ein Feld von sozialen Kämpfen. Es ist keinesfalls zufällig, dass in Mitte-Links-Regierungen oft das Finanzministerium und die Zentralbank von Personen besetzt wird, die Teil des Establishments des neoliberalen Blocks sind, während für andere Sektoren der Exekutive auch Akteure eingesetzt werden, die Gewerkschaften oder sozialen Bewegungen nahe stehen. Dies wäre gar nicht notwendig, wenn die Exekutive zwangsläufig homogen wäre. Die Verdrängung von Lafontaine aus der Schröder-Regierung war deshalb ein notwendiger Zug, um die Verschärfung neoliberaler Politik in Deutschland unter Rot-Grün erst zu ermöglichen. Der Staat selbst ist zugleich Kristallisationsraum wie Terrain sozialer Konflikte und Kämpfe<sup>51</sup>.

Die Linke steht dem Staat deshalb auch nicht als Belagerungsarmee gegenüber, die keinerlei Einfluss auf die Besetzung der belagerten Burg hat. Zwangsläufig werden ihre Kämpfe durch den Staat, seine legale, institutionelle, kulturelle Form enorm beeinflusst, wie jeder Beobachter verschiedener nationaler linker Kulturen erkennen kann. Dies bedeutet auch, dass der Kampf immer wieder neu aufgenommen werden muss, den Staat selbst zu demokratisieren und zu sozialisieren. Joachim Hirsch benennt fünf grundlegende Tendenzen des bürgerlichen Staates, die seiner Funktion der Konservierung der Profitdominanz in der Wirtschaft und der Gesellschaft adäquat sind: (1) Die Präferenz von sozialen „Praktiken (Bürokratie, Parteien, Wahlmodus, Repräsentation, Rechtssystem), die den *Isolations- und Vereinzelungseffekte* der kapitalistischen Vergesellschaftung bestätigen und festschreiben“<sup>52</sup>; (2) Behinderung der Überwindung der Spaltungen in den beherrschten und Schaffung von Einheit in den herrschenden Klassen insbesondere durch die relative Autonomie und widersprüchliche Einheit des Systems der Staatsapparate und die begrenzte Abschottung gegenüber gesellschaftlichen Einflüssen; (3) der Verzicht auf Instrumente, um die Profitdominanz ernsthaft in Frage zu stellen; (4) die Herausbildung des Staatspersonals als besonderer Schicht und (5) die systemisch bedingte Abhängigkeit der Handlungsfähigkeit des Staates von Steuern, deren Aufbringung vom relativ störungsfreien Verlauf der Kapitalverwertung abhängig ist. In jeder dieser Felder ist die Linke gefordert, Alternativen zu formulieren und in die Reform des Staates, seiner ökonomischen, politischen, rechtlichen und kulturellen Grundlagen, zu überführen.

Die Linke muss deshalb um eine Veränderung der Staatsform kämpfen, durch die die genannten und andere herrschaftssichernde und die Dominanz der Kapitalverwertung bewachende Strukturen emanzipatorisch überwunden werden, ohne dabei die Errungenschaften moderner Wirtschaft und Politik zu zerstören. Der Neoliberalismus hat bewiesen, wie entscheidend der Kampf um die öffentlichen Dienstleistungen, die Art und Menge der Erhebung von Steuern, die Verfasstheit der Staatsbank usw. ist, um einen Richtungswechsel von Politik zu erzwingen. Ein zentrales Projekt der Linken, das in Brasilien geboren wurde, ist der Übergang vom Monopol des Parlaments auf den Haushalt zum Bürgerhaushalt.<sup>53</sup> Auch die grundlegende Reform der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen als Teil der Herstellung lokaler partizipativer und solidarischer Räume muss einen zentralen Platz auf der Tagesordnung der Linken einnehmen.

---

<sup>49</sup> Nicos Poulantzas: Staatstheorie. Hamburg 1978, S. 123.

<sup>50</sup> Ders.: Klassen im Kapitalismus. Berlin (West) 1975, S. 138.

<sup>51</sup> Ders.: Staatstheorie. A. a. O., S. 117 ff.

<sup>52</sup> Joachim Hirsch: Kapitalismus ohne Alternative? Materialistische Geschichtstheorie und Möglichkeiten einer sozialistischen Politik heute. Hamburg: VSA-Verlag 1990, S. 45.

<sup>53</sup> Vgl. dazu die sehr informative Website, die viele weiterführende Texte enthält und auch theoretische einführt: <http://www.brangsch.de/partizipation/haushalt.htm>.



Transformationspolitik, die bei den gegenwärtigen Widersprüchen ansetzt und über sie hinaus führt, hat diesen Kampf auch in den Staat selbst hineinzutragen. Damit wird der Staat nicht zum einzigen, ja, nicht einmal zum wesentlichsten Ort – dieser ist und bleibt die Zivilgesellschaft und der Kampf um die Hegemonie in ihr –, aber wer ihn links liegen lässt, wird die Macht dieses Staates zu spüren bekommen, ohne die vorhandenen Möglichkeiten genutzt zu haben, ihn zu verändern.

#### 4. Einwand: Die Regierungsbeteiligung schwächt die Linke

Ein vierter Einwand behauptet, nur außerhalb der Regierung sei etwas zu bewegen. Regierungsbeteiligung schwächt zwangsläufig. Wie Rosa Luxemburg schreibt: „Allein, weit entfernt, praktische, handgreifliche Erfolge, unmittelbare Reformen fortschrittlichen Charakters unmöglich zu machen, ist die grundsätzliche Opposition vielmehr für jede Minderheitspartei im allgemeinen, ganz besonders aber für die sozialistische, das einzige wirksame Mittel, praktische Erfolge zu erzielen.“<sup>54</sup> Konzessionen könne man der bürgerlichen Mehrheit nur auf drei Wegen entreißen: „indem sie mit ihren am weitesten gehenden Forderungen den bürgerlichen Parteien eine gefährliche Konkurrenz bereiten und sie durch den Druck der Wählermassen vorwärtsdrängen; dann, indem sie die Regierung vor dem Lande bloßstellen und sie durch die öffentliche Meinung beeinflussen; endlich, indem sie durch ihre Kritik in und außerhalb der Kammer immer mehr die Volksmassen um sich gruppieren und so zu einer achtunggebietenden Macht anwachsen, mit der Regierung und Bourgeoisie rechnen müssen“<sup>55</sup>.

Regierungsbeteiligung, so Rosa Luxemburg, mache Kritik der Regierung und damit Aufklärung der Massen unmöglich, führe dazu, dass Kompromisse um jeden Preis gemacht werden würden und liefere so die Linke an die bürgerliche Mehrheit aus und schwäche die außerparlamentarische Kraft derselben, so dass nicht etwa mehr, sondern viel weniger erreicht würde als aus der Opposition.

Richtig an Rosa Luxemburgs Darstellung ist sicherlich, dass eine Art von Regierungsbeteiligung, die die autonome Kraft der Linken ganz auf die Regierung fixiert und alle anderen Handlungsformen unterdrückt, die auf öffentliche Darstellung der Widersprüche dieser Beteiligung und die Analyse der vorhandenen Rahmenbedingungen und Schranken verzichtet, die den Stachel weitertreibenden Handelns erstickt anstatt ihn zu entfachen, in die Falle der Vereinnahmung geht. Aber ist dies unvermeidlich?

Die wichtigste Bedingung, um dieser Falle jeder Regierungsbeteiligung zu entgehen, ist die Stärke der Linken außerhalb staatlicher Einrichtungen, ihrer Macht als soziale Bewegungen und emanzipatorische Organisationen sozialer Interessen der subalternen gesellschaftlichen Klassen sowie solidarisch orientierter Mittelschichten. Parteien können letztlich nur innerhalb einer solchen Linken und nicht als deren monopolistische Repräsentanten wirklich starke linke Kräfte sein.<sup>56</sup>

Karl Liebknecht fasst dies 1918 so: „Wenn der Eintritt in die parlamentarische Opposition der einzige Stein ist, den eine Partei - z.B. die Regierungssozialisten - im Brett hat, so kann man begreifen, dass sie ihn zurückhalten möchte, denn mit seinem Ausspielen ist sie sofort -

---

<sup>54</sup> Rosa Luxemburg: Die sozialistische Krise in Frankreich. A. a. O., S. 32.

<sup>55</sup> Ebenda, S. 33.

<sup>56</sup> In einer Analyse der Regierungsbeteiligung der sozialistischen Linken Norwegens kommt Dag Seierstad zu dem Schluss, dass die Stärke der Linken in der Regierung vor allem dem Wirken der Gewerkschaften wie auch alternativen sozialen Bewegungen zu verdanken ist: „The two main factors behind the electoral success in 2005 are nevertheless of importance also in other countries: a trade union movement attacking the policies of the social democratic party from the left – and the existence of a sufficiently strong party to the left of the social democrats identifying to a great extent with the demands of the trade union movement.“ Dag Seierstad: The recent development of the Norwegian left: Challenges and prospects. Beitrag für den Workshop der RLS Akteure im Umbruch – Transformationsprozesse linker Parteien. Berlin vom 16. bis 18. Dezember 2005.

matt gesetzt. Nur schade, dass dies auch der Regierung und jedem nicht auf den Kopf gefallen bekannt ist. Woraus folgt, dass sich mit der Drohung des Übergangs zur parlamentarischen Opposition nichts Rechtes erreichen lässt, ja dass alle Versuche dazu regelmäßig damit enden, dass die Möchte-gern-Wucherer - geprellt werden. Will man auch nur parlamentarische Erfolge erzielen so kommt alles darauf an, dass die parlamentarische Opposition nicht das letzte, sondern nur der erste, nicht der stärkste, sondern der schwächste Trumpf, nicht der Schluss, sondern der Anfang ist, dass die Partei eine außerparlamentarische Macht hinter sich hat, die sie, aller Niederlagen ungeachtet, in unerschöpflicher Mannigfaltigkeit und Schlagfertigkeit der Methoden mit stets zunehmender Energie in den Kampf einzuwerfen fähig und entschlossen ist, und dass dies dem Gegner durch die Tat ... demonstriert wird. Anders wird in der politischen - auch parlamentarischen! - Arena weder Respekt erworben noch Erfolg erzielt. Jene Taktik aber führt bestenfalls einen Scheidemann zum Posten des Johann auf dem Reichskutschbock.<sup>57</sup>

Die Stärke oder Schwäche der außerparlamentarischen Linken ist nicht direkt von linken politischen Parteien abhängig,<sup>58</sup> aber sie können dazu beitragen. Sie können (1) die direkte, solidarische, wenn auch keinesfalls unkritische Kooperation auf der Basis eines intensiven Dialogs zu einem zentralen Schwerpunkt ihrer Strategie machen, (2) gemeinsame Projekte zu entwickeln, sich in den außer- wie innerparlamentarischen Auseinandersetzungen bis hin zu Gesetzesvorhaben wechselseitig zu unterstützen, (3) Formen der personellen Integration finden (vor allem bei Wahllisten der Linken), (4) Ressourcen einsetzen, um gemeinsam die außerparlamentarischen Kräfte zu stärken, die gegenüber Parteien immer diskriminiert sind. (5) Wichtig ist auch der gemeinsame Kampf gegen gewerkschaftsfeindliche Politik und Gesetzgebung sowie umgekehrt für neue gesetzliche Regelungen, die zivilgesellschaftliche Kräfte und Organisationen insbesondere der subalternen Klassen stärken, um so das Handlungsungleichgewicht zu verringern.<sup>59</sup> Die parteipolitische Linke in Regierung darf sich deshalb keinesfalls auf diese eine Rolle beschränken<sup>60</sup> und die außerparlamentarische Linke sich nicht der Logik von Repräsentation unterordnen.

Dies hat Konsequenzen für den Charakter von linker Politik, wie Joachim Hirsch schon 1990 gegen Rot-Grün einwandte: „Sozialdemokratischer' wie ‚grüner' Staatsreformismus bleibt notwendiger Bestandteil eines ‚radikalen Reformismus', insoweit er Spielräume und Bedingungen gesellschaftlicher Veränderungen sichert und deren Auswirkung, d.h. die Verschiebung sozialer Kräfteverhältnisse, im staatlichen Machtapparat zum Ausdruck bringt. Aber sie schafft diese Veränderungen nicht. Politik, die sich auf Partei und Staat reduziert, hat sich sozialrevolutionärer Ansprüche von vornherein begeben. Den *praktischen* Ansätzen und Formen eines alternativen, gegenüber den Institutionen der kapitalistischen Herrschaftsap-

---

<sup>57</sup> Karl Liebnecht: Gesammelte Reden und Schriften, Band IX Berlin Dietz Verlag 1982, S.462.

<sup>58</sup> Kritiker von Regierungsbeteiligung unterstellen oft, als seien die außerparlamentarischen Kräfte zu jeder Zeit stark und zu mobilisieren und würden dadurch primär durch die Parteien in Regierung behindert. Oft stehen fallen auch hohe Wahlergebnisse linker Parteien mit einer geringen Mobilisierungsfähigkeit linker Akteure und vor allem der Bürgerinnen und Bürger zusammen oder lassen auch linke Organisationen in ihrer Mobilisierung nach, weil sie auf linke Regierungen vertrauen und den Weg des Konsenses hinter verschlossenen Türen suchen, um ihre Regierungspartner nicht zusätzlich zu der Auseinandersetzung mit den Rechten weiteren öffentlichen Konflikten auszusetzen.

<sup>59</sup> „Linke Parteien müssen ... ihrem Machtvorsprung gegenüber anderen Formationen (der Linken – M. B.) systematisch entgegenwirken. Sie müssen Macht teilen. Ein Zusammenwirken mit Bewegungen und parteinahem Umfeld ist eine Einbahnstraße, wenn diesen nicht Einfluss auf Entscheidungen verschafft wird, zu denen die Partei aufgrund ihrer Privilegierung Zugang hat. Bewegungen und Umfeld werden linke Parteien nicht stützen, wenn sie keinerlei Garantien dafür erhalten, dass betreffende Partei auch nach der Wahl Rücksicht auf die Positionen der Bewegung nimmt.“ Christoph Spehr: Bewegung, Strömung, Partei. Formen des Politischen heute. In: Michael Brie, Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): Für ein anderes Europa. Linksparteien im Aufbruch. Berlin: Dietz Verlag 2005, S. 59

<sup>60</sup> Die PDS-Führung in Berlin musste es zum Beispiel erst lernen, dass Regierungsbeteiligung auf regionaler Ebene keinesfalls den Verzicht der Landesminister auf Teilnahme an Demonstrationen gegen einen Regierungsbesuchs von George W. Bush verlangen müsse. Bei den Aktionen gegen die Hartz-IV-Gesetze waren sie dann auf der Straße.

parate autonomen sozialen und politischen Handelns kommt daher eine entscheidende Bedeutung zu.“<sup>61</sup> Nur sind auch 15 Jahre später die realen Erfolge gering.

Die entscheidende Frage ist zweifelsohne, wie die Linke als Ganze zu einer hegemonialen Kraft entwickelt werden kann, die in der Lage ist, ihre eigenen parteipolitischen Formationen (innerhalb oder außerhalb von Regierungen) zu integrieren und der Gesamtstrategie unterzuordnen. Linke Parteien müssen dabei vor allem ihre privilegierte Stellung und den Integrationssoj, der vom parlamentarischen System ausgeht, reflektieren und eigene Strategien entwickeln, dem aktiv entgegenzuwirken – nach innen wie nach außen. Die Kultur einer kritisch-solidarischen Kooperation ist dafür die sine qua non.<sup>62</sup>

## **5. Einwand: Die Linke macht durch ihre Regierungsbeteiligung erst die Fortsetzung rechter Politik möglich**

Rosa Luxemburg hatte um die Wende zum 20. Jahrhundert einen fünften Einwand gegen jede Regierungsbeteiligung der Linken erhoben: „Die Ministerschaft Millerands bedeutet ..., weit entfernt, eine neue Ära der Sozialreformen in Frankreich zu inauguriere, das Aufhören des Kampfes der Arbeiterklasse um sozialen Reformen, bevor er noch begonnen hatte, das heißt die Erstickung desjenigen Elements, das einzig der verknöcherten französischen Sozialpolitik ein gesundes modernes Leben einflößen könnte.“<sup>63</sup> Und über hundert Jahre später heißt es mit Blick auf die Regierung Lula in Brasilien: „Alle volkswirtschaftlichen Interventionsinstrumente waren längst aus der Hand gegeben - doch die ökonomische Krise zwang dazu, einen größeren gesellschaftlichen Konsens zu suchen. Mit einer von der traditionellen Rechten Brasiliens geführten Regierung war das ausgeschlossen. Es drohten Aufruhr und Unregierbarkeit wie in Argentinien oder Bolivien. Da kam das in Jahrzehnte erworbene Vertrauenskapital der Arbeiterpartei und ihres Kandidaten gerade recht, um neoliberale Politiken zu recyceln.“<sup>64</sup>

Linke Kräfte kommen zumeist in zwei Fällen an die Regierungsmacht: Erstens kann es zu Konstellationen kommen, in denen ein De-facto-Bündnis (Mitte-Links-Bündnis) zwischen einer dominanten sozialdemokratischen Gruppierung und linken Kräften entsteht, das das Ziel hat, einen rechten Neoliberalismus (oft in besonders parasitären Formen) zu besiegen oder zu verhindern. In einer solchen Konstellation ist die Tendenz sehr stark, dass wirtschaftspolitisch das Programm des Neoliberalismus weiterverfolgt wird und Modifikationen vor allem auf den Gebieten der Demokratie, der internationalen Zusammenarbeit, der Achtung der Menschenrechte und – sehr partiell – der Sozialpolitik kommt. Zweitens kann es nach einer Delegitimation auch des gemäßigten sozialdemokratischen Neoliberalismus (reale oder absehbare Wahlniederlage als Signal) dazu kommen, dass breite Schichten der Bevölkerung aus der Mitte und dem Unten der Gesellschaft eine deutlich linke Option präferieren und politische Kräfte in der Repräsentation (und Umsetzung) der damit verbundenen Erwartungen an einen Richtungswechsel ihre langfristige strategische Chance erkennen.<sup>65</sup>

---

<sup>61</sup> Joachim Hirsch: Kapitalismus ohne Alternative? Hamburg: VSA Verlag 1990, S. 193.

<sup>62</sup> Vgl.: Michael Brie: Die Linke im Konflikt. In: Neues Deutschland vom 25. Februar 2006.

<sup>63</sup> Rosa Luxemburg: Die sozialistische Krise in Frankreich. A. a. O., S. 57.

<sup>64</sup> Luis Fernando Novoa: Lulas Brief an die Banken. In: Freitag vom 6..1.2006 (<http://www.freitag.de/2006/01/06010301.php>).

<sup>65</sup> Darauf hofft offensichtlich auch Wolfgang Fritz Haug, wenn er von der neuen Linkspartei schreibt: „Im Zusammenspiel mit – und vor allem angetrieben von – der ‚sozialen Bewegung der Bewegungen‘ könnte sie die Kräfteverhältnisse in einer Weise ändern, die auch die Sozialdemokratie wieder auf einen Kurs zöge, der ihrem Namen entspricht.“ Wolfgang Fritz Haug: Untergang der deutschen Linkspartei – Aufstieg der Linkspartei. A. a. O., S. 451.

Wie der Fall Venezuela zeigt, kann ein Mitte-Links-Bündnis in Krisen zerbrechen und den Weg frei machen für eine konsequentere antineoliberale Politik.<sup>66</sup>

In beiden Fällen gilt: Linke Regierungspolitik hat es in vielfacher Hinsicht mit Tatsachen und Rahmenbedingungen zu tun, die der Neoliberalismus auf Dauer gestellt hat.<sup>67</sup> Schnelle Veränderungen insbesondere in den Kernbereichen von Wirtschafts- und Sozialpolitik sind deshalb unmöglich. Linke Regierungspolitik, will sie den Rahmen des Neoliberalismus verlassen, muss ausgehend von diesen Rahmenbedingungen und durch ihre schrittweise Veränderung die regionalen, nationalen und internationalen Voraussetzungen einer solidarischen demokratischen Politik erst schaffen. Die Bedingungen eine Krise des Neoliberalismus sind nicht identisch mit den unmittelbaren Voraussetzungen für einen Einstieg in eine soziale und demokratische Transformation. Es gibt nicht zuletzt einen Widerspruch zwischen wachsenden sozialen Kräften, die den Neoliberalismus von seinen Zielen und Mitteln her ablehnen (auch größere Teile der Bevölkerungen) und der Unfähigkeit, in einer Krise oder bei Regierungsübernahme über einen sozialdemokratischen Neoliberalismus hinauszugehen.

Diese hier vertretene These geht von der Annahme aus, dass ein direkter Bruch mit dem Neoliberalismus unmöglich ist, da er enorme Ressourcen verlangen oder die gesellschaftliche Ordnung zerstören würde in einem bürgerkriegsähnlichen Kampf. In der Mehrheit der Fälle muss linke Regierungspolitik deshalb zunächst die wirtschaftliche, soziale und politische Stabilität sichern bzw. wieder herstellen. Ein Teil der linken Regierungen stellt deshalb (zunächst?) Regierungsfähigkeit vor Veränderungsfähigkeit und wählt zunächst vor allem die folgende Strategie: Politiken der Einbindung von zumindest einem Teil der herrschenden Gruppen, der Haushaltssanierung, Inflationsbekämpfung (Hochzinspolitik und hohe Bewertung der eigenen Währung), Exportorientierung, Gewinnung von ausländischem Kapital. Zugleich werden Maßnahmen der aktiven Linderung besonderer sozialer Problemlagen (Versorgung mit Grundgütern, Bekämpfung von Hunger, Elend, Armut, Arbeitslosigkeit, Kriminalität) in Angriff genommen und Programme entwickelt oder gefördert, die zwar nicht den grundsätzlichen Charakter der Wirtschaft berühren, aber die Lage der Betroffenen verbessern.

Die Frage steht, ob es dazu eine grundsätzliche Alternative gibt, die nicht zu Destabilisierung, Einbruch des Bruttosozialprodukts, Möglichkeiten der offenen US-Intervention in Ländern der Dritten Welt führt. Es ist erst noch zu beweisen, dass ein Einstieg in den Ausstieg aus dem Neoliberalismus völlig der neoliberalen Mittel entsagen kann. Die bisherigen Erfahrungen scheinen nahe zu legen, dass dieser Einstieg eine Strategie zu verlangen scheint, die zumindest fünf Elemente enthält: *Erstens* wäre dies der Bruch mit besonders parasitären Formen des bisherigen Regimes (Apartheid, Berlusconi's parasitärer Finanzkapitalismus usw.), eine dosierte Abschüttelung neoliberaler Fesseln (siehe Argentinien: starke Abwertung der Auslandsschulden, aber auch evtl. von Binnenverschuldung), soweit dies zu keiner destabilisierenden Konfrontation führt. *Zweitens* wäre dies die Erschließung endogener Ressourcen wirtschaftlicher Entwicklung mit hohem Wachstumspotential, die relativ kurzfristig Arbeitslosigkeit senkt, Einkommen zumindest bei Teilen der Mittelschichten und der Arbeiter im for-

---

<sup>66</sup> Aber selbst in diesem Fall, wo an der klaren Absicht des venezuelanischen Präsidenten Chavez, eine umfassendere gesellschaftliche anti-neoliberale Transformation einzuleiten, nicht gezweifelt werden kann, sind die positiven Konturen einer anderen Wirtschaft und Politik erst in Ansätzen erkennbar, von tiefen Ambivalenzen gekennzeichnet und basieren auf der Nutzung stark gestiegener Erdöleinkommen. Vgl. dazu im Detail: Dorothea Melcher: Venezuelas Erdöl-Sozialismus. In: Das Argument 262 (47. Jg.) Heft 4/2005, S. 506 – 520. Dabei wird sich auch zeigen, ob die Versuche, sich auf Basisbewegungen und Produktionsgenossenschaften als Grundlage einer neuen Ökonomie zu stützen, wie sie von I. Mészáros, als Alternative zum Kapitalismus und alten Sozialismus gesehen werden, Erfolg haben werden.

<sup>67</sup> So wird für Brasilien festgestellt: „Neoliberalismus ist weder nur eine Ideologie oder ein Standpunkt neben anderen in einer demokratischen Debatte. Die ‚Reformen‘ haben durch die Transformationen, mit der sie die brasilianische Wirtschaft und Gesellschaft umgeschmiedet haben, eine *materielle* Basis für die Reproduktion des Neoliberalismus geschaffen.“ Lecio Morais; Alfredo Saad-Filho: Lula and the Continuity of Neoliberalism in Brazil: Strategic Choice, Economic Imperative or Political Schizophrenia? In: Historical Materialism, vol. 13:1, S. 11 (engl.).

mellen Sektor erhöht, die staatlichen Einnahmen steigert usw. *Drittens* gehört zu einer solchen Strategie das Ergreifen von Maßnahmen, um den vom Neoliberalismus am stärksten negativ betroffenen Gruppen zu helfen: Unterstützung von solidarischer Ökonomie (Landreform, Kooperativen, Selfmanagement usw.), Sanierung bzw. Stärkung der Systeme öffentlicher Daseinsvorsorge, Elemente von Grundsicherung. *Viertens* bedarf es des systematischen Aufbaus einer handlungsfähigen Zivilgesellschaft, der Schaffung von Rahmenbedingungen, die solidarisch-emanzipative Akteure eines Mitte-Unten-Bündnisses fördern und ihnen eine zentrale Rolle bei der Gestaltung des demokratischen Prozesses einräumen. *Fünftens* wäre mit der Verallgemeinerung von Einstiegsprojekten in eine andere Ökonomie und soziale Entwicklung, in eine neue Gestalt von Demokratie, die breite Partizipation und das gesellschaftliche Primat des Sozialen über die Kapitalverwertung sichert, in ein kooperatives solidarisches internationales System zu beginnen. Erst die Erfüllung dieser Aufgaben würde dann die Bedingungen schaffen, um den Rahmen des Neoliberalismus dauerhaft zu verlassen.

Die Linke kann und muss danach streben, auch (aber nicht nur) aus der Regierung Wege einer grundlegenden Transformation einzuleiten. Wie an anderer Stelle dargestellt<sup>68</sup>, ist sie aber in den Widerspruch gestellt, sich drei Konfliktlinien zugleich zu stellen: Sie ist mit Tendenzen einer offenen Barbarisierung konfrontiert, steht im grundsätzlichen Widerspruch zu wirtschaftsliberalen, autoritären und imperialen Politikansätze und in Auseinandersetzung mit einer sozialdemokratischen oder sozialliberalen Politik auf der Basis des gegenwärtigen Finanzmarkt-Kapitalismus. Die heutige Sozialdemokratie ist zugleich Bündnispartner im Kampf gegen die beiden ersten Ansätze und Gegner, insoweit sie die Grundlagen der gegenwärtigen Krisen nicht zu überwinden sucht.

Wie ambivalent die Ergebnisse der jüngsten Regierungsbeteiligungen sind, zeigt der Anhang, der sich auf lateinamerikanische, indische und südafrikanische Erfahrungen bezieht.<sup>69</sup> Aber auch in Europa wird deutlich: Positiven Einzelergebnissen steht bisher zumeist die Unfähigkeit gegenüber, eine stabile gegenhegemoniale Formation zu schaffen, die den Neoliberalismus in seinen Grundelementen herauszufordern vermag und einen stabilen Pfad der Transformation einzuschlagen. Dies aber ist die nächste Aufgabe. Rosa Luxemburg schrieb 1900: „So kehrt das Schiff des dogmenfreien Sozialismus aus seiner ersten Probefahrt auf den Gewässern der praktischen Politik mit zerbrochenen Masten, zertrümmertem Steuer und Leichen an Bord in den Hafen zurück.“<sup>70</sup> Heute ist eine Linke in Neugründung dabei, das neue Schiff einer transformatorischen sozialistischen Linken zu bauen. Das Studium der Schiffbrüche der Vergangenheit ist dabei genauso wichtig wie die Analyse der neuen Bedingungen.

---

<sup>68</sup> Michael Brie: Die Linke – was kann sie wollen? A. a. O.

<sup>69</sup> Vgl. für Deutschland auch die Studien, die durch Rolf Reiig und unter Leitung von Edeltraud Felde entstanden.

<sup>70</sup> Rosa Luxemburg: Der Abschluss der sozialistischen Krise in Frankreich. In: Werke, Bd. 1.2, S. 179.

# Anhang

## Mitte-Links-Regierungen in Indien, Brasilien, Venezuela, Argentinien und Südafrika – ein sehr unfertiger Vergleich



Land	strategische Hauptaufgabe	Kräfteverhältnis und linkes Potential	Regierungsfrage	Einstiegsprojekte	Schwächen,
<p><b>Indien</b></p> <p><i>Regierung wird durch (Vereinigte Progressive Allianz) UPA regiert, in der die Congress-Partei dominiert;</i></p> <p><i>die vereinigten Linksparteien haben rd. 10 % der Abgeordneten, ohne sie ist die UPA nicht mehrheitsfähig; Basis der Tolerierung der UPA-Regierung ist ein Gemeinsames Minimalprogramm</i></p> <p><i>die Linken Parteien haben sich gemeinsam für die Tolerierung entschieden, da nicht alle an Regierung teilnehmen wollten (4)</i></p>	<p>war: (+) die rechten Kräfte, die die frühere Regierung stellten, besiegen und aus dem Amt werfen, (+) die Etablierung einer säkulären Regierung sichern und (+) die linken Kräfte im Parlament stärken (alle erfüllt (3-2))</p> <p>jetzt: den Kampf zu führen "als eine andauernde Unterstützung für die UPA-Regierung, gleichzeitig als Teil des Kampfes gegen kommunalistische (annähernd im Sinne von nationalistischen) Kräfte und als Teil der Erkundung der Möglichkeiten, eine ‚dritte Alternative‘ aufzubauen, gegründet auf einer gemeinsamen politischen Plattform und Massenagitation zu Fragen, die das Volk bewegen."</p> <p>keine gemeinsame Front mit Kongress, da diese wie rechte Kräfte bürgerlich (5 – 299); Vertretung der Interessen jener, die negativ durch Neoliberalismus getroffen (5 – 2.90)</p> <p>Stärkung von Massenbewegungen, die lokale mit nationalen und internationalen Kämpfen verbinden (5 – 2.96); nur die Stärkung der Massenbewegung wird Änderung bei Parteien nach sich ziehen und Dritte Alternative möglich machen (2 – 2.100)</p> <p>Aufbau einer gemeinsamen Linken Plattform der vier linken Parteien und alle linksgerichteten Gruppen und Individuen (5 – 2.105), auch soziale Bewegungen</p>	<p>die rechten Kräfte gewannen seit frühen 90ern an Macht als vereinte Koalition der oberen Kasten und der reichen Mittelklasse: dadurch konnten sie Mehrheit gewinnen bei einer sozialen Basis, die eine Minderheit darstellt; gleichzeitig begann Prozess der demokratischen Mobilisierung der marginalisierten unteren Schichten, der nach einer parteipolitischen Vertretung suchte und durch bisherige Politik nicht wirklich berücksichtigt wurde; alte und neue Parteien auf der Linken profitieren davon, können aber Dominanz des Kongress nicht brechen: „Sie alle müssen lernen von der Geschichte: Parteien wachsen, wenn sie es erlauben, dass sie genutzt werden als Vehikel aufsteigender sozialer Klassen. Soziale Koalitionen müssen in dauerhafte politische Koalitionen überführt werden.“ (6 – 7) (zur sozialen Lage auf dem Dorfe siehe auch 7; zu Wahlergebnissen siehe 8)</p> <p>Dominanz der neoliberalen Kräfte in neuer Form auch unter UPA-Regierung (5 – 2.85); durch neue Situation gelingt es erstmals auf Bundesebene, dass ihre Positionen öffentlich wahrgenommen werden (5 – 2.83)</p> <p>Wahlen von 2004 zeigten: ökonomische Politik des Neoliberalismus wird nicht unterstützt: „die Bevölkerung verlangt eine breit basierte und inklusive Wirtschaftspolitik“ (9)</p>	<p>Tolerierung einer Minderheitsregierung der UPA durch gemeinsam handelnde linke Parteien</p> <p>Druck auf Regierung, dass soziale Minimalprogramm durchzusetzen (2-22)</p> <p>Kritik an Fortsetzung des neoliberalen ökonomischen Programms der rechten Regierung unter UPA-Regierung und an Privilegierung der bürgerlichen Schichten und großen Grundeigentümer (Privatisierung von Unternehmen und Rentenfonds, Förderung von ausländischen Kapitalinvestitionen, Erhöhung von Rohstoffpreisen (5 – 2.17ff.) sowie an Bündnispolitik mit USA)</p> <p>kritische Unterstützung und Kooperation und offensive Auseinandersetzung gegen neoliberale Teile (Land, Verhältnis zu USA, Arbeitsgesetzgebung usw.) durch Streiks, Demos, Kampagnen und Wahlen (2-18 ff.); „... die Linke ist nun in einer Position, die Formulierung und Umsetzung von Politik durch die UPA-Regierung zu beeinflussen und in sie einzugreifen, da diese die Unterstützung der Linken für ihr Überleben braucht.“ (3-2); "Zwillingsstrategie der gleichzeitigen Unterstützung und Kritik der durch den Kongress auf Bundesebene geführten Regierung" (3-4); Sicherung der Unabhängigkeit der Linken (5 – 2.70)</p>	<p>Landfrage, Nahrungsmittelfrage, Beschäftigung): „Die Bevölkerung hat Tausende Probleme, die alle mit diesen drei Fragen verbunden sind.“ (2-23)</p> <p>Verteidigung des säkularen Staats</p> <p>Politik zur Belastung der Superreichen (Luxussteuern, höhere Steuereinnahmen insges. – 2-20); für ein universelles öffentliches Verteilungssystem ( - 2.67); kostenlose Bildung bis 14 Jahre (5 – 2.44); Erhöhung der staatlichen Gesundheitsausgaben auf 3-5 % des BSP (jetzt: 0,9 %)</p> <p><b>Regionale Regierungen:</b> Erfolge auf regionaler Ebene als Bedingung für Erfolge auf nationaler Ebene (6 - 4); Westbengalen und Tripura: begrenzte Einführung linker Reformen wie Landreform, Selbstverwaltung, demokratische Rechte für Arbeitende, Verteidigung von Säkularismus und lokaler Harmonie; Entwicklung der Industrie für mehr Beschäftigung,</p> <p>Schwierigkeiten unter Neoliberalismus: privatisieren auch, aber verteidigen Kern des öffentlichen Dienstes; besonderer Schutz der Schwächsten</p>	<p>Überalterung, Konflikt zwischen Funktionären und normalen Parteimitgliedern, Problem der marxistischen Identität (1)</p> <p>zwei kommunistische Parteien (CPI(M) und CPI sowie die Revolutionäre Sozialistische Partei RSP und der Vorwärts-Block (FB) können nur begrenzt zusammenarbeiten</p>
<b>Quellen</b>	<p>(1) Sumanta Sen: Search for Ways to Keep Marx Alive. In: the Telegraph (Kalkutta), 31. März 2005; (2) Report on Current Developments, adopted at the December 14-16, 2005 Meeting of the Central Committee of the CPI (M); (3) Venkitesh Ramakrishnan: An Upbeat Left. In: Frontline, vol. 22, issue 09, April, 23 – May, 06, 2005; (4) Kamal Chenoy: The Current Indian Political Scenario (Mail vom 3. Januar 2006); (5) Political Resolution, adopted at the 18th Congress of the CPI(M) (April 6-11, 2005, New Delhi); (6) Yogendra Yadav: Opening Piece. Election 2004. in: India's National Newspaper, May 20, 2004; (7) Aman Namra: Power, Reality &amp; Dream Merchants, 22 April, 2004; (8) Gareth Price: How the 2004 Lok Sabha election was lost. the Royal Institute of International Affairs, July 2004; (9) C. Rammanohar Reddy: India shines through Verdict 2004. the Hindu, March 14, 2004</p>				

<b>Land</b>	<b>strategische Hauptaufgabe</b>	<b>Kräfteverhältnis und linkes Potential</b>	<b>Verhältnis zu Kräften der linken Mitte / Regierungsfrage</b>	<b>Ergebnisse und Einstiegsprojekte</b>	<b>Schwächen, Hauptkritik</b>
<p><b>Brasilien</b></p> <p><i>Regierung wird durch den direkt gewählten Präsidenten Lula (PT – Partei der Arbeit) und ein fragiles Parteienbündnis Mitte-Links gestellt (teilweise käufliche Mehrheiten);</i></p> <p><i>die PT hat rd. 20, die anderen sie unterstützenden Linksparteien rd. 10 Prozent der Abgeordneten; Die Regierung ist auf die Unterstützung bürgerlicher Kräfte angewiesen</i></p>	<p>war: Aufbau einer gegenhegemonialen Linken mit starker sozialer Verankerung und PT als strategischem Zentrum und Kampf um Regierungsübernahme als zentrales Ziel seit 1994</p> <p>jetzt: Verteidigung der Regierung Lula und gleichzeitig Versuch, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass dieses Regierungsprojekt in ein transformatives Projekt überführt wird; dazu Rekonstituierung des sozialen und politischen Blocks (oder aber: trotz Regierungsverlusts neuer Versuch der Schaffung eines solchen Blocks)</p>	<p>noch starke klassische soziale Bewegungen (Gewerkschaften, Landlose usw.) und zugleich Mobilisierung der Marginalisierten</p> <p>die Kapitalkräfte und prosperierenden Mittelschichten bestimmen weitgehend die Tagesordnung; soziale Projekte der Regierung federn nur die Probleme des Neoliberalismus ab und überwinden sie nicht (Versuche der Ruhigstellung des gesellschaftlichen Unten) (Hegemonie gemäßigt neoliberaler Kräfte)</p> <p>die Regierung Lula stützte sich bei ihrem Wahlsieg auf einer Verliererallianz aus gewerkschaftlich gebundenen Arbeiter, unorganisierten Beschäftigten mit niedriger Qualifikation, Kapitalistengruppen aus dem Südosten, die unter der neoliberalen Politik litten, und rechtsorientierte Oligarchen und Großgrundbesitzer aus den ärmsten Regionen, die auch gegen die neoliberale Politik eingestellt waren (Morais; Saad-Filho)</p> <p>Schwäche der PT und gleichzeitig gelingt es der Regierung Lula, in den entorganierten und entpolitisierten Teilen der Bevölkerung neue Unterstützung zu erhalten</p>	<p>Lula-Regierung hat sich die PT untergeordnet und in systematische Korruption verstrickt, um Regierungsziele und Wahlziele zu erreichen;</p> <p>„Das Experiment der PT und Lulas, ein Zusammengehen einer im Volk verankerten Regierung, einer Linkspartei und der sozialen Bewegungen zu vollbringen, ist nach nur zwei Jahren gescheitert.“ (Sader: 537)</p> <p>„Obwohl die PT selbst eine linke Partei darstellt, führt Lula eine Mitte-Links-Regierung, unterstützt durch eine zentristische Koalition im Kongress und rechen-schaftspflichtig gegenüber einer konservativen Gerichtsbarkeit, eine Regierung, die neoliberale Programm umsetzt (Morais; Saad-Filho)</p> <p>PT zugleich als Regierungspartei und linke Opposition (Morais; Saad-Filho)</p> <p>Schwäche bei den mittleren Gruppen der Gesellschaft (Wahlen 2004) (Morais; Saad-Filho)</p>	<p>Erhalt der wirtschaftlichen Stabilität und höheres Wachstum, steigender Export, positive Handelsbilanz</p> <p>Null-Hunger-Programm, verschiedene Sozialprogramme für besonders benachteiligte Gruppen</p> <p>reale Fortsetzung neoliberaler Wirtschaftspolitik mit weiterer Senkung der Löhne und höherem Arbeitsdruck bei Realisierung von „kompensatorischen sozialpolitischen Notmaßnahmen“ (Sader: 537)</p> <p>Versuch eines Politikstils, der die Partizipation sozialer Bewegungen fördert (Guimaraes)</p> <p>verstärkte Rolle nationaler ökonomischer Akteure (staatlicher Banken, Großkonzerne usw.) (Guimaraes, Gushiken)</p> <p>Erhöhung des Mindestlohns und Verstärkung des universalistischen Charakters der Sozialpolitik</p>	<p>Regierung Lula ist Regierung der Arbeiteraristokratie, die sich der Herrschaft des Finanzkapitals beugt;</p> <p>es droht Unterordnung der gesamten Linken unter eine sozialdemokratische Gestaltung des Finanzmarkt-Kapitalismus (Widerspruch zwischen Interessen der Mehrheit der Bevölkerung und Methoden des Finanzmarkt-Kapitalismus)</p> <p>keine Kontrolle von Führung möglich</p> <p>Übernahme der Methoden der Rechten (politische Korruption) (Cholet)</p> <p>Widerspruch zwischen neoliberaler Makropolitik und anderen Politikfeldern (Inácio, Schmalz)</p>
<b>Quellen</b>	<p>Emir Sader: Brasiliens Anpassung an den Weltmarkt. In: Das Argument 262 (47. Jg.) Heft 4/2005, S. 532 – 538; Gilberto Maringoni; Joao Siscú: Woher kamen wir, wo stehen wir? Eine Bewertung der Leitungen der PT und der Regierung Lula (Workshop der RLS in Sao Paulo, Nov. 2005); Lecio Moraes; Alfredo Saad-Filho: Lula and the Continuity of Neoliberalism in Brazil: Strategic Choice, Economic Imperative or Political Schizophrenia? In: Historical Materialism, vol. 13:1, S. 3 – 32; Jérôme Cholet: Korruptionsaffäre in Brasilien. In: Brennpunkt Lateinamerika, Nr. 16, 31. August 2005, S. 189 ff.; Juarez Guimaraes: Different than it was, less than it would be possible, better than it seems. In Teoria e Debate, Nr. 59) Interview mit Luiz Gushike, Minister der Lula-Regierung. In: Revista Teoria e Debate, Nr. 61; Antônio Inácio; Stefan Schmalz: Brasilien: politische Wende oder Fortsetzung neoliberaler Politik. In: Dieter Boris; Stefan Schmalz; Anne Tittor: Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie. Hamburg: VSA Verlag 2005, S. 192 -212.</p>				



Land	strategische Hauptaufgabe	Kräfteverhältnis und linkes Potential	Verhältnis zu Kräften der linken Mitte / Regierungsfrage	Einstiegsprojekte	Schwächen, Hauptkritik
<p><b>Venezuela</b></p> <p><i>Regierung wird durch den direkt gewählten Präsidenten Chavez, die Bewegung Fünfte Republik, MVR) und ein Parteienbündnis (Vaterland für alle [PPT], KP Venezuelas und die Volkswahlbewegung [MEP]) gestellt ;</i></p>	<p>war: Sturz der delegitimierten Kräfte gemäßigt neoliberaler Ausrichtung (erfolgte mit Wahl von Chavez 1998)</p> <p>jetzt: Einleitung eines transformativen Projekts (mit proklamierter sozialistischer Zielsetzung) auf der Basis der Umgestaltung der Gesellschaft zugleich von oben (aus der Regierung und mit Nutzung des Militärs) und von unten (partizipative Demokratie) (siehe Verfassung von 1999: „Es ist nicht nur der Staat, der demokratisch sein muss, sondern auch die Gesellschaft.“)</p> <p><b>substantielle Demokratisierung</b> aller gesellschaftlichen Lebensbereiche („integrale Demokratie“) und <b>umfassende Durchsetzung der Ganzheit der Menschenrechte</b> (vor dem Hintergrund dessen, dass der Übergang zu liberalen Demokratien keine grundsätzliche Änderung der Lebenssituation und der Ungleichheit nach sich zog)</p> <p>Proklamation einer sozialistischen Transformation</p>	<p>Niederlage der Mitte-Rechts-Kräfte und Zerfall ihrer sozialökonomischen Machtgrundlagen</p> <p>starker und zunehmend geeinter politisch-sozialer Machtblock unter Führung von Chavez in immer weiteren gesellschaftlichen Bereichen</p> <p>Nutzung der stark gestiegenen Erdöleinnahmen für eine sehr aktive Außen- und Innenpolitik und weitreichende Reformen</p>	<p>Regierungsallianz besteht aus heterogenen Kräften: „alte kommunistische Kader mit festen Vorstellungen einer Avantgarde-Rolle der ideologisch gefestigten Partei, daneben eine beträchtliche Anzahl seiner (Chavez‘) Kameraden aus den Zeiten der Putschverschwörung von vor 1992, und schließlich ehemalige Linksradikale aus nachkommunistischen Studenten- und Kulturbewegungen“ (Melcher: 511)</p>	<p>Transformation der Machtverhältnisse durch Übergang zu einer „integralen und protagonistischen Demokratie“ die die Wahl der Vertreter mit der „Herausbildung, Ausführung und Kontrolle der öffentlichen Aufgaben“ durch die Bürgerinnen und Bürger verbindet bis hin zur sozialen Kontrolle der Medien</p> <p>Herstellung der Handlungsfähigkeit des Staates als strategischer Akteur der wirtschaftlichen und sozialen Gestaltung (vor allem durch Unterordnung der Erdölproduktion unter die Interessen des Volkes)</p> <p>Umgestaltung der öffentlichen Unternehmen in partizipative Einrichtungen, die von Gemeinden direkt betrieben</p> <p>Förderung von Genossenschaften (Sozialökonomie), Devisenbewirtschaftung, Förderung von KMU, Aufteilung der Latifundien (soweit nicht genutztes Land)</p> <p>Sozialpolitik, die das Recht auf Bildung und Gesundheit durchsetzen und zugleich die aktive Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger verlangen: Überwindung des Ansatzes des „individualistischen Bürgers“ durch Übertragung der Aufgaben der Bereitstellung dieser Leistungen an partizipative Gemeinden („bolivarische Schulen“ stellen Recht auf Bildung und Ernährung sicher) (Bildungsetat stellt 20 % des Staatshaushalts!), die Stadtviertelmissionen sichern mit kubanischer Hilfe die Gesundheitsversorgung in den armen Stadtvierteln (Bau von Volkskliniken)</p> <p>Nutzung der besonderen Ressourcen Venezuelas für eine starke regionale Integration Lateinamerikas im Konflikt mit den USA, dem IWF u. a.; Aufbau lateinamerikanischer gemeinsamer Unternehmen</p>	<p>ungeklärtes Verhältnis zwischen Dominanz von Führer und Bürokratie sowie Paternalismus einerseits und Förderung partizipativer und direkter Demokratie (Populismus vs. partizipativer Demokratie)</p> <p>Korruption und Ineffizienz</p> <p>Gefahr der Verwandlung in ein paternalistisches System</p>
<p><b>Quellen</b></p>	<p>Margarita López Maya: Linksparteien, partizipative Demokratie und Sozialpolitik des bolivarianischen Projekts in Venezuela (1999 – 2005) (Workshop der RLS in Sao Paulo, Nov. 2005); Dorothea Melcher: Venezuelas Erdöl-Sozialismus. In: Das Argument 262 (47. Jg.) Heft 4/2005, S. 506 – 520</p>				

Land	strategische Hauptaufgabe	Kräfteverhältnis und linkes Potential	Verhältnis zu Kräften der linken Mitte / Regierungsfrage	Einstiegsprojekte	Schwächen, Hauptkritik
<p><b>Argentinien</b></p> <p><i>Die Regierung des 2003 direkt gewählten Präsidenten Nestor Kirchner, ein Linkspeironist, der die Justizialistische Partei (peronist. Partei) führt, hat seit den Wahlen 2005 eine stabile Koalitionsmehrheit.</i></p>	<p>war: Stabilisierung des Landes nach dem totalen wirtschaftlichen Zusammenbruch Anfang des Jahrzehnts im Gefolge der neoliberalen Reformpolitik und der massiven Verarmung der früher breiten Mittelschichten (von 1975 bis 2002 war der Anteil jener, die unter der Armutsgrenze leben, von 7 auf 56 % gestiegen, die Reallöhne sanken um 65 % und die Auslandsschulden wuchsen von 7.8 auf 170 Mrd. \$ an); diese Stabilisierung ist (von vielen unerwartet) schnell gelungen, obwohl die unteren Schichten davon am wenigsten profitierten (das Stabilisierungsprogramm privilegierte die privaten Unternehmen und Banken)</p> <p>ist: Konsolidierung eines „seriösen Kapitalismus“ (Kirchner)</p> <p>Wirtschaftswachstum durch Verhinderung von Kapitalabfluss, Abwertung der Währung und niedrige Löhne sowie steigenden Export (Treibstoffe, Soja), dabei Erfolge bei Verringerung von Arbeitslosigkeit, Ausbau regulärer Beschäftigung</p>	<p>verarmte Mittelschichten und die Gruppen der prekär- und/oder Unterbeschäftigten und Arbeitslosen haben sich in vielen gemeinschaftlichen Selbsthilfegruppen organisiert, aber ohne übergreifende Vernetzung: Es kommt zu keiner Gesamtbewegung, „die in der Lage ist, Alternativen auf dem Feld der Politik und Wahlen darzustellen“ (Argumedo: 5)</p> <p>schwache Gewerkschaften und starke klientelistische Netzwerke der Peronisten in den Vierteln der Armen (war Basis der Hinnahme der marktradikalen Reformen)</p> <p>als Gegenpol dazu entstanden autonome Arbeitslosenorganisationen (Piqueteros), die Teil der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen selbst verwalten</p>	<p>starke klientelistische Strukturen auf der Basis der verschiedenen Hilfsprogramme (insbesondere regional)</p> <p>da parlamentarischer Einfluss abhängig von sozialökonomischer Macht, ist für jene, die keine solche Macht haben, die außerparlamentarische Form der Regelverletzung (Blockaden) besonders wirksam</p>	<p>Bruch mit den Verbrechen der Militärdiktatur; (2) verstärkter Einsatz für regionale Integration und Zurückdrängung des Einflusses der USA, des IWF etc.;</p> <p>öffentliche Bauförderung (auch mit Ziel: Beschäftigung), Subventionen an nationale Unternehmen, Haushaltsüberschuss mit Ziel der Schuldenverringerung und Verringerung der Abhängigkeit, verstärkte Kontrolle privater Unternehmen, Exportzölle dort, wo hohe Gewinne, beschäftigungswirksame Kredite (Mikrounternehmen), Kampf gegen Inflationsgefahr</p> <p>keine Rückverstaatlichung im Erdölsektor, aber stärkere Kontrolle</p> <p>stärkere regionale Eigenschaft im Mercosur und Distanz zu ALCA</p>	<p>Zersplitterung und Sektierertum der linken Parteien</p> <p>Unfähigkeit der gesamtargentinischen Vernetzung der sozialen und politischen Alternativbewegungen</p> <p>„Die aus den 90er Jahren bekannte Kombination von hohen Wachstumsraten und sich polarisierender Einkommensverteilung sorgt für politische Instabilität. Doch die internationale Kräftekonstellation wirkt einer grundlegenden Veränderung der internen ökonomischen Machtverhältnisse entgegen. Vom Druck der sozialen Bewegungen getrieben, nutzt die Regierung Kirchner ihren Handlungsspielraum, um punktuell progressive Politiken durchzusetzen. Doch die meisten der nach der Finanzkrise eingeleiteten Maßnahmen wie die Nichtbedienung eines Teils der Auslandsschulden oder das Einfrieren der Tarife auf privatisierte Dienstleistungen ermöglichen eher eine Atempause, als dass sie Bestandteile eines stabilen materiellen Klassenkompromisses waren.“ (Geiger: 530)</p>
<p><b>Quellen</b></p>	<p>Alcira Argumedo: Linksparteien an der Regierung: Analyse ihrer innovativen Reformen mit den Schwerpunkten Wirtschafts- und Sozialpolitik. Das Beispiel Argentinien (Workshop der RLS in Sao Paulo, Nov. 2005); Margot Geiger: Die Reintegration der Revoltierenden in Argentinien. In: Das Argument 262 (47. Jg.) Heft 4/2005, S.521 – 531.</p>				

Land	strategische Hauptaufgabe	Kräfteverhältnis und linkes Potential	Verhältnis zu Kräften der linken Mitte / Regierungsfrage	Einstiegsprojekte	Schwächen, Hauptkritik
<p><b>Südafrika</b></p> <p><i>Regierung wird seit 1994 durch Dreierallianz von ANC, COSSA-TU und der KP Südafrika gestellt und verfügt im Parlament über eine Zweidrittelmehrheit</i></p>	<p>1. Position: „Die nächste Stufe des Kampfes besteht darin, miteinander verbundene, nachhaltige und effektive Projekte zu schaffen, um die eng verflochtenen Probleme der Akkumulationskrise, des Rassismus, des Patriarchats, der ökologischen Verwüstung und der kapitalistischen Klassenmacht anzugehen. Mit diesem Projekt, das die Strategien der ‚Dekommodifizierung‘ von Grundbedürfnissen und der ‚Deglobalisierung von Kapital‘ ... kombiniert, werden die wirklichen Grenzen des Neoliberalismus in Südafrika angegangen(P. Bond)</p> <p>2. Position: ANC-Regierung ist nicht gescheitertes sozialistisches Projekt, sondern relativ erfolgreiches links-nationalistisches Projekt in 3. Welt und hat sich wichtigen Bereichen neoliberaler Politik entzogen; Hauptstoßrichtung ist nicht Lösung der sozialen Probleme, sondern Aufbau Südafrikas mit afrikanischem Gesicht und kultureller Dominanz der Schwarzen zu starker Regionalmacht (B. Freund)</p>	<p>Dominanz der Führungsgruppen ohne starken autonomen Druck von unten</p> <p>„Strategisch gesehen hat der ANC eine ganze Saison lang erfolgreich gespielt: zuerst die Übernahme konservativer Fiskalpolitik, um Schulden abzubauen und sich die internationalen Finanzinstitutionen vom Hals zu halten, zweitens die graduelle Durchdringung von Militär und Behörden, drittens die Ausschaltung der National-Partei (mittlerweile aufgelöst) und zunehmend auch der Inkatha Freedom Party..., viertens die Erweiterung des Machtbereichs auf die ländlichen Gebiete, das Land der Stammeshäuptlinge, wo früher die Bantustan-Verwaltungen blühten. Weiterhin hat sich der ANC um Hegemonie im ‚Reich der Ideen‘ bemüht, namentlich darum, durch eine konsistente Kulturpolitik, Museen und Monumente den Widerstand gegen die Apartheid und die rassistischen Vorgängersysteme zum einzig legitimen Bezugspunkt für die Landesgeschichte zu machen.“ (Freund)Zweidrittelmehrheit und Wirtschaftswachstum um 4 Prozent</p>	<p>tiefe Spaltung zwischen dem Regierungsblock und der radikalen Linken</p>	<p>zwischen 1993 und 1995 wurde die Grundrichtung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik eingeschlagen: Beitritt GATT, Anerkennung der Unabhängigkeit der Zentralbank und Verzicht auf die wichtigsten Kapital und Finanzkontrollen, „Nationalisierung“ wird 2002 aus Vokabular des ANC gestrichen (Bond: 544)</p> <p>hohe Währungsstabilität und niedrige Inflation, aber niedriges Wachstum, niedrige Währungsreserven und niedrige industrielle Produktion, starke Ausdehnung von Arbeitslosigkeit (bei Schwarzen fast 50 %) und Zurückbleiben der Löhne (Bond)</p> <p>nur beschränkte Privatisierung, progressive Arbeitsgesetze, relativ hohe Sozialausgaben, geringe Steuer auf Grundgüter und relativ hohe Einkommenssteuer auf hohe Einkommen (also Umverteilung nach unten); verbessert aber nicht wesentlich die Lebensumstände der meisen (Freund)</p>	<p>Unfähigkeit, eine organisierte eigene linke Kraft jenseits der Regierungskräfte aufzubauen bzw. innerhalb der Dreierallianz solche Kräfte eigenständig zu formieren</p>
<p><b>Quellen</b></p>	<p>Patrick Bond: Südafrikas Kapitulation vorm Neoliberalismus. In: Das Argument 262 (47. Jg.) Heft 4/2005, S. 532 – 538; Bill Freund: Mbekis Dritte-Welt-Vision. Das Argument 262 (47. Jg.) Heft 4/2005, S. 552 – 556.</p>				